

Bezugspreis:

Für den Monat Juni 9100 M. ...

Telegraphische Adressen: „Sozialdemokrat Berlin“

Mormörs Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3

Freitag, den 29. Juni 1923

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Das Rheinland will deutsch bleiben!

Cuno vor dem Provinziallandtag.

Barmen, 28. Juni. (W.B.) In der heutigen Schlusssitzung des Rheinischen Provinziallandtages gab Dr. Menning im Namen der Fraktionen des Zentrums, der Arbeitsgemeinschaft und der Sozialdemokratie folgende Erklärung ab:

Grausam ist der Druck, der auf dem Rheinland lastet. Mitten im Frieden ist ein friedliches, wehrloses Volk, das ureigene Kultur sein eigen nennt, geknechtet und entrechtet. Zahllose Männer und Frauen, die nichts als ihre Pflicht dem Vaterland und dem Gewissen gegenüber tun, werden aus der Heimat ausgewiesen, von Haus und Hof vertrieben oder schmählichen Gefangenschaft. Sie haben sogar ihre Liebe zum Vaterland mit ihrem Blute besiegelt müssen. Unbarmherzige Gewalt haben, die keine Schonung kennen, können trotz aller Qualen diesen harten Mut und die Treue der Rheinländer nicht ins Wanken bringen. Der Rheinische Provinziallandtag, die aus dem freiesten Wahlrecht der Welt hervorgegangene Vertretung des rheinischen Volkes, erhebt vor aller Welt erneut

Einpruch gegen diese Gewalttaten und ihre Bedrücker.

Ihren Opfern sagen wir heißen Dank. (Allseitige Zustimmung.) Dem verstärkten Druck setzen wir die Einigkeit, der Gewalt das Recht und der Vernichtungsabsicht den Willen zur Freiheit entgegen. Dieser Dreiklang deutschen Willens und deutscher Hoffnung eint uns in unserem Kampf und in unserer Abwehr. Der passive Widerstand ist aus dem Volke geboren und lebt in den Waffen. Die Rheinländer werden diese unsere Waffe nicht niederlegen, bevor Recht und Freiheit der deutschen Rheinlande gesichert sind. Darin wissen wir uns einig mit unseren Volksgenossen in Westfalen, Baden, Hessen und in der Pfalz. Wenn sich auch in der inneren Politik auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet unsere Auffassungen trennen, in einem sind wir einig:

Eine rheinische Frage gibt es für das rheinische Volk nicht.

(Allseitige stürmische Zustimmung.) Auch in die Form unserer Zugehörigkeit zum Deutschen Reich als ureigenster Angelegenheit lassen wir uns nicht von fremden Völkern hineinreiben. Die offen zu Tage liegenden Bestrebungen Frankreichs beweisen, daß diese Forderung des staatsrechtlichen Verhältnisses der Rheinprovinz zu Preußen eine Lösung der Bande bedeutet, die uns mit der deutschen Republik verbinden. Mit Freimut und Entschiedenheit sprechen wir es aus: Der Frieden der Welt, die Zukunft der europäischen Kultur und Wirtschaft verlangt, daß Deutschlands ehrlicher Wille zur Arbeit, zum Wiederaufbau und zur Wiederherstellung durch Gewalt nicht zu nichts gemacht wird. Die Welt wird nicht zum Frieden kommen, ehe nicht Frieden und Freiheit einkehren am deutschen Rhein! (Lebhafte Beifall.)

Reichskanzler Dr. Cuno,

der der Sitzung beiwohnte, hielt im Anschluß an die Erklärung eine Rede, in der er u. a. ausführte: Mit Einmütigkeit in der Abwehr der fremden Gewalt vom Rheinland wehrt sich die Reichsregierung ein. Ich kann nur immer wiederholen, was von mir bei jeder Gelegenheit erklärt wurde, was ich auch heute wiederhole und was hier öffentlich und feierlich nochmals dokumentiert sei, weil man es nicht oft genug aussprechen kann: daß die Rheinlande und ihre Zugehörigkeit zum Reich und zu Preußen unangefastet bleiben müssen und daß keine irgendwie verhängelte Form der Annexion, mag sie internationaler Gendarmen oder neutraler Oberaufsicht heißen, für uns inakzeptabel ist. (Bravos) Es gibt deshalb keinen Kompromißweg, den wir in dieser Frage betreten können. (Bravos) In dieser Auffassung ist sich die Reichsregierung einig mit den Regierungen der deutschen Länder. Ich freue mich und danke dem preussischen Innenminister dafür, daß er bei Eröffnung dieser Tagung dem Worte und dem Sinn nach in gleicher Weise zu Ihnen gesprochen hat. Die Politik, die die Reichsregierung schon vor Eintritt in die Ruhraktion begeben hat, die sie klar und in geradliniger Entwicklung während der Ruhraktion fortgesetzt hat und die sie auch in Zukunft in den außenpolitischen Fragen innehalten wird, gibt Ihnen die Gewähr, daß,

so fest wir in der Rheinlandsfrage stehen, so wenig auf der anderen Seite irgend etwas unterlassen werden soll, was mit dem Bestand, der Einheit und der Souveränität des Reichs vereinbar ist und mit der wirtschaftlichen Zahlungsfähigkeit im Einklang steht, um dadurch Ruhr und Rhein frei zu machen. (Bravos) Wenn aus Anlaß von Äußerungen, die ich vor wenigen Tagen in Königsberg gemacht habe, die Rede davon war, daß in dieser besonnenen aber festen Politik irgendeine Schwankung eingetreten sei, so trifft dies in keiner Weise zu. Wir haben die Hoffnung, daß die einzige Waffe, die wir in der Hand haben, die Waffe des passiven Widerstandes, uns auch zu einer Lösung bringen wird. In der Frage einer

besonnenen und festen Haltung

in der Lösung der außenpolitischen Birren und in jener Frage ist die Reichsregierung mit der preussischen Regierung und den Regierungen der Länder einig. Sondermeinungen, wie sie der Leiter eines Landes in den letzten Tagen geäußert hat, werden zum Ausgleich gebracht werden. Aber eins ist notwendig, wenn Sie im Kampf gegen den hereinkommenden Feind täglich Schweres und Schwerstes erdulden müssen, wenn es Ihnen manchmal zu schwer wird und wenn Sie aus Ihrem deutschen Empfinden heraus sich sagen: Es kann nicht mehr in Ruhe ertragen werden, dann bedenken Sie, daß Unbesonnenheiten irgendwelcher Art die Lösung des Konflikts nicht bringen werden. Wir müssen besonnen im Rahmen des passiven Widerstandes bleiben und wir müssen die Waffe des Geistes, die einzige Waffe, die wir gegenüber der Waffe der Gewalt haben, anwenden bis es zum guten Ende kommt. Aber noch ein weiteres. So wenig es zu Unbesonnenheiten kommen darf, ebensowenig ist ein Anlaß zu Kleinmut und Schwäche vorhanden. Es würde schwerer sein, das zu ertragen, was eintreten würde, wenn Sie die Waffe des passiven Widerstandes aus der Hand gäben. (Sehr richtig)

Auf dem Weg, den wir beschritten haben, ist doch wenigstens ein kleiner Schritt vorwärts getan.

Barmen, 28. Juni. (W.B.) Vor der Erklärung, die im Namen der Fraktionen des Zentrums, der Arbeitsgemeinschaft und der Sozialdemokratie abgegeben wurde, hatte ein kommunistischer Abgeordneter eine Erklärung abgegeben, in der die Entschlossenheit auch seiner Partei zur Abwehr der Pläne des französischen Imperialismus auf das Rheinland Ausdruck fand.

Nach der Rundgebung des Provinziallandtages nahm der Reichskanzler noch an einer Versammlung des Eisens- und Stahlwarenen-Industrieverbandes in Eisfeld teil. Er versicherte der Wirtschaft, daß die Regierung sie nicht verlassen würde, und der Vorsigende erklärte, darüber sehr erfreut zu sein. Die Wirtschaft wisse, daß sie Opfer bringen müsse.

223 Jahre Gefängnis für Eisenbahner.

Im Verlauf der Versammlung teilte dann Oberregierungsrat Treine mit, daß bis zum 16. Juni folgende Strafen über Eisenbahner im besetzten Gebiet verhängt worden sind: 223 Jahre 8 Monate 10 Tage Freiheitsstrafe, 148 558 200 M. und 250 Fr. Geldstrafe. Die Zahl der Verurteilten betrug 124, von denen 70 auf das altbesetzte Gebiet und 54 auf das neubesezte entfielen. Von den Freiheitsstrafen entfielen auf das altbesetzte Gebiet 173 Jahre 9 Monate 7 Tage Gefängnis und 30 Jahre Zwangsarbeit, auf das neubesezte 49 Jahre 11 Monate 3 Tage Gefängnis. In dem gleichen Zeitraum seien ausgewiesen 6879 Beamte und Arbeiter, davon 4392 aus dem altbesetzten und 2487 aus dem neubesetzten Gebiet. Von Familienangehörigen seien aus dem altbesetzten Gebiet 11 691, aus dem neubesetzten 5214, aus den Wohnungen seien im altbesetzten Gebiet 16 281, aus dem neubesetzten 6285 vertrieben.

Theunis übernimmt die Kabinettsbildung.

Brüssel, 28. Juni. (Eca.) Theunis hat sich heute abend 6.30 Uhr zum König begeben, um ihm mitzutellen, daß er die Bildung des Kabinetts übernimmt. Diesem Schritt Theunis' war eine Vertrauensklärung der Rechten und der Liberalen Cinken vorausgegangen.

„Temps“ gegen Friedensappell des Papstes.

Paris 28. Juni. (Til.) Der Brief des Papstes wird vom „Temps“ mit unverhüllter Erbitterung besprochen. Das Blatt sagt, daß man leicht erkennen könne, wer diese Intervention bewirkt habe. Weiterhin schreibt das Blatt, daß der Papst bei der Beurteilung der französisch-deutschen Beziehungen zwei Punkte übersehen habe: 1. Die Tatsache, daß Deutschland für den Ruhrkrieg riesige Summen ausgebe, während seine Gläubiger auf Bezahlung warten und das deutsche Volk eine gesunde Währung braucht; 2. das Unrecht, das die privilegierten deutschen Klassen begehen, die sich der politischen Lage bedienen, um Reichsklämer aufzustapeln, die dem Steuerfiskus entzogen werden. Zum Schluß weist der „Temps“ darauf hin, daß dieser Brief in Frankreich den Streit über die diplomatischen Beziehungen zum päpstlichen Stuhl wieder aufzufrischen werde. Jedensfalls erleichtere er nicht die Stellung derjenigen Franzosen, die für die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen eintreten.

Von der Lohntheorie zur Tat!

Von S. Kuffhäuser.

Die Erörterung neuer, der Geldentwertung angepaßter Lohnmethoden ist in den letzten Wochen und Tagen auffällig in die Breite gegangen. Wenn es nur darauf ankäme, ergäbe sich wissenschaftlich zu prüfen, welches Inzidenzverfahren den höchsten Grad von Vollkommenheit aufzuweisen hat, dann könnten schließlich diese Unterfuchungen auch noch einige Monate fortgesetzt werden. Es kommt aber einzig und allein darauf an, daß sofort etwas geschieht. Die Sicherung der Wertbeständigkeit des Lohnes ist nunmehr aus dem Stadium theoretischer Diskussion heraus in die Tat umzusetzen. Durch die sachlichen Vorarbeiten ist das Problem durchaus soweit geklärt, daß schon in den ersten Wochen des Monats Juli das neue Lohnsystem verwirklicht werden könnte, wenn bei den Unternehmern und auch bei der Reichsregierung der gute Wille vorhanden ist. Sollte er aber fehlen, dann ist es höchste Zeit, die wissenschaftliche Diskussion durch die erforderlichen organisatorischen Mittel für die Durchsetzung notwendiger Forderungen zu ersetzen.

Was hat die Regierung zu tun? Soweit es sich um die allwöchentliche Veröffentlichung der für einen beweglichen Teuerungsfaktor erforderlichen Rezhiffern handelt, sind die Vorarbeiten des reichsstatistischen Amtes soweit vorgeschritten, daß hier kaum noch Schwierigkeiten bestehen, um schon mit Beginn des Monats Juli den Lebenshaltungsindex in verbesserter und beschleunigter Form zu veröffentlichen. Die weitere Frage, ob die allwöchentliche Indexziffer der Lebenshaltung mit dem Großhandelsindex kombiniert werden soll, oder eine andere Ergänzung zum Lebenshaltungsindex vorgenommen wird, durch die eine nach der Veröffentlichung noch zu erwartende Teuerung mit berücksichtigt wird, dürfte gleichfalls in den allernächsten Tagen die eine oder andere technische Lösung finden. Damit muß aber dann zunächst diese Indexdiskussion ihren Abschluß finden.

Von der Regierung muß weiter erwartet werden, daß sie die Anwendung ihrer amtlichen Indexziffer für die einzelnen Tarifverträge obligatorisch, d. h. durch Gesetz anordnet. Es wird Sache des Reichstags sein müssen, dem Reichskabinett, das sich bisher in allen Tonarten ausgeschwiegen hat, die Zunge zu lösen. Vor allem wird auch der Reichsfinanzminister öffentlich eine bündige Erklärung zu geben haben, ob für die Reichsarbeiter und die Beamten das System des wertbeständigen Lohnes eingeführt werden soll oder nicht. Wenn einer seiner Vertreter bei den Vorberatungen erklärt hat, daß die Einführung wertbeständiger Löhne abzulehnen sei, weil sie den Zusammenbruch der Wirt mit sich bringe, dann ist die Zeit allmählich zu ernst geworden, um auf solcher Grundlage noch allzu lange weiter zu verhandeln. Die Lohn- und Gehaltsempfänger haben keine Lust mehr, bei der Aufrechterhaltung einer fiktiven Währung das alleinige Opfer zu bilden, während im gesamten Kapitalverkehr längst nicht mehr nach Papiermark gerechnet wird. Die Arbeiter, Angestellten und Beamten der öffentlichen Betriebe müssen in den nächsten Tagen erfahren, ob das Reich, soweit es Arbeitgeber ist, mit gutem Beispiel vorangehen will, oder ob man sich auch in den öffentlichen Betrieben erst durch politischen und gewerkschaftlichen Druck bequemen wird, allmählich in eine Revision „bewährter Grundsätze“ einzutreten.

Was kann die Zentralarbeitsgemeinschaft tun? Die Zahl derer, die noch Hoffnungen auf die Zentralarbeitsgemeinschaft setzen, ist nicht im Wachsen begriffen. Die Zentralarbeitsgemeinschaft hat in den letzten Monaten gerade in der Lohnfrage ihr größtes Fiasko erlebt. Die Zentralarbeitsgemeinschaft könnte aber in diesem Augenblick, ganz losgelöst von ihrer ganz umstrittenen historischen Entwicklung, einfach die Aufgabe einer Zentraltarifgemeinschaft übernehmen. Sie müßte die ihr angeschlossenen Organisationen dazu verpflichten, schon vor dem Inkrafttreten einer gesetzlichen Regelung, d. h. sofort die Anwendung des neuen amtlichen Index durch besondere Klauseln in allen jetzt abzuschließenden Tarifverträgen sichern. Es kann aber nicht ihre Aufgabe sein, sich etwa in den Dienst jener spekulativ eingestellten Händlerkreise zu stellen, die sich bemühen, für die neue Lohnregelung irgendeinen Dollar- oder Goldindex ausfindig zu machen, damit auch bei dieser Gelegenheit wieder einmal gespielt und am Arbeitslohn gewonnen werden kann.

Eine Entspannung der Lage könnte die Zentralarbeitsgemeinschaft aber nur erleichtern, wenn sie statt des Aufstürmens aller möglichen technischen Schwierigkeiten mit der den deutschen Arbeitgebern sonst nachgerühmten Flexibilität ein Zentralabkommen für die sofortige und einheitliche allgemeine Einführung der erwähnten Indexklausel herausbrächte. Als reiner Diskutierklub würde die Zentralarbeitsgemeinschaft entbehrt werden können.

Was wird von den Gewerkschaften verlangt? Die Spitzengewerkschaften haben, obgleich die Lohnbewegung vorwiegend Angelegenheit der einzelnen Berufsverbände ist, nach dem letzten katastrophalen Marktsturz ein-

Anfragen im Unterhaus.

London, 28. Juni. (W.B.) Kenworthy fragte im Unterhaus den Premierminister, ob eine Antwort seitens der französischen Regierung auf die letzte britische Note über die deutschen Reparationen und die Befreiung des Ruhrgebiets eingelaufen sei, welches der Charakter der Antwort sei und ob sie dem Parlament unterbreitet werden wird. Baldwin erwiderte, er könne augenblicklich seiner Antwort vom 21. d. M. nichts hinzufügen. Kenworthy fragte, ob der Premierminister eine Information habe, wann er die Antwort erwarten könnte. Baldwin erwiderte: Ich fürchte, ich kann es nicht sagen; ich werde mich sehr freuen, eine Antwort zu erhalten. Das Parlamentsmitglied John Ward fragte den Premierminister, ob seine Aufmerksamkeit gelenkt worden sei auf den Staatsprozeß, der augenblicklich in München verhandelt werde, in dem gewisse bayerische Bürger beschuldigt würden, mit der französischen Regierung konspiriert zu haben, um einen bayerischen Sonderstaat zu schaffen; ferner, ob er von den in Frankreich im Umlauf befindlichen Gerüchten gehört habe, daß die britische Regierung die französische bei ihren Versuchen, das Deutsche Reich zu zerstückeln, unterstützen, und ob er bräuhichtige, irgendeine Erklärung über diese Frage abzugeben? In einer schriftlichen Antwort teilte Mac Kell hierauf mit: Die Antwort auf die beiden ersten Teil der Anfrage lautete bejahend, aber die in dem zweiten Teil erwähnten Behauptungen seien vollkommen unbegründet.

gegriffen und innerhalb ganz kurzer Zeit die umfangreichen Vorarbeiten für die Einführung des neuen Lohnsystems geleistet. Das System des wertbeständigen Lohnes würde die Funktionäre und die Mitgliedschaften von all jener zeit- und kraftraubenden Tarifarbeit befreien, die heute ausschließlich geleistet wird, um hinter der rasenden Geldentwertung einherzulaufen. Die formelle Trennung des Arbeitseinkommens in Grundlohn und beweglichen Teuerungsfaktor macht uns die Hände und die Kräfte erst wieder frei, um überhaupt den Kampf um die Steigerung des Reallohnes und seine etappenweise Annäherung an den Friedensreallohn wieder aufnehmen zu können. Die Spitzengewerkschaften werden die Schaffung eines brauchbaren Index und die Sicherung seiner Anwendung auf gesetzlichen Wege oder durch zentrales Abkommen gewährleisten können.

Jetzt aber ist es Aufgabe aller der Stellen in der Arbeiter- und Angestelltenbewegung, die unmittelbar Träger der Tarifverhandlungen sind, im Rahmen dieser gefundenen Regeln die praktische Verwirklichung innerhalb der einzelnen Betriebe und Industrien in Angriff zu nehmen. Wir wissen nicht, wann die Widerstände gegen einen gesetzlichen Anwendungszwang des Index für die Tarife überwunden sein werden, und wir brauchen schließlich auch die Gesetzgebung nicht abzuwarten. Die Widerstände im Parlament sind in demselben Maße zu überwinden, in dem es den Gewerkschaften gelingt, draußen in der tariflichen Regelung das neue System zur Geltung zu bringen. Es sollte deshalb für die gesamte gewerkschaftliche Tarifbewegung nur noch eine Parole geben: „Anfangen!“

Allen den Volksbegünstigern und Parolenschreibern, die auch in diesem ernsten Augenblick immer noch Zeit haben, täglich neue Ziele aufzuzeigen, anstatt jetzt die gesamte Bewegung auf den einen Punkt des neuen Lohnsystems zu konzentrieren, möchten wir aber zurufen: „Wir bitten um Schluß der Debatte!“

Vor wenigen Tagen teilten wir bereits mit, daß die Beratungen der Zentralarbeitsgemeinschaft über die Einführung eines wertbeständigen Lohnes zunächst zur Einsetzung einer Kommission geführt haben. Diese Kommission wird heute Freitag über ihre Beratungen dem Plenum der Zentralarbeitsgemeinschaft berichten, das dann zur Entscheidung gelangen dürfte.

Parchim und der Staatsgerichtshof.

Die Zuschrift, die wir in unserer Donnerstag-Morgenausgabe aus mecklenburgischen parteigegenständlichen Kreisen veröffentlichten — sie stammt von einem Führer der freigewerkschaftlichen Landarbeiterbewegung, der die Verhältnisse auf dem Lande sehr genau kennt und die Tätigkeit der Korbach-Organisation gut beobachten konnte —, klang in einen wahren Hilferuf an das Reich aus.

Um die geradezu tragische Bedeutung dieses Notschreies zu begreifen, ist es notwendig, die besonderen politischen, kulturellen und sozialen Verhältnisse in Mecklenburg-Schwerin zu beachten: dieses Agrarland war bekanntlich in dieser dreifachen Hinsicht bis zur Revolution das rückständigste in ganz Deutschland: überhaupt kein Wahlrecht, ein prähistorisches Schulwesen, eine brutale herrschende Schicht von Großgrundbesitzern und Rittergutsbesitzern, ein trübes, zahlenmäßig schwaches städtisches Bürgertum, und, neben einer größeren Anzahl kleiner Bauern, die im erbitterten Gegensatz zu den Großagrariern standen, die Masse der rechtlosen Landarbeiter, das waren die Hauptmerkmale des mecklenburgischen Landes.

Die Revolution gab auch dem mecklenburgischen Volke das gleiche Wahlrecht und mit einem Male trat eine starke sozialdemokratische Wählerschaft auf den Plan. Doch die Verwaltung konnte dort aus Mangel an Kräften nur sehr langsam erneuert werden. Insbesondere die Justizverwaltung, die ein Personal mit juristischer Vorbildung voraussetzt, blieb gänzlich unverändert. So ist ganz naturgemäß die Demokratisierung der Verwaltung und besonders des Justiz-

wesens, dieses Schmerzkind des neuen Deutschland, nirgends so rückständig geblieben wie im mecklenburgischen Lande. Dem Hilferuf der Mecklenburger Republikaner an das Reich muß unter diesen Umständen besondere Beachtung geschenkt werden.

Der Verfasser jener Zuschrift fragte, ob denn nicht die juristische Grundlage für ein Eingreifen des Oberreichsanwalts in die Parchimer Mordaffäre gegeben sei, durch das allein eine Ausbrennung der Korbach-Kloake in Mecklenburg zu erreichen ist, nachdem die dortige Justiz in dieser Hinsicht so vollständig versagt.

Die Frage der Zuständigkeit des Staatsgerichtshofes ist aber nach dem Gesetz zum Schutz der Republik unbedingt zu bejahen, und zwar aus verschiedenen Gründen:

Einmal schwebt bereits vor dem Staatsgerichtshof das Verfahren gegen Korbach, also gegen die militärisch organisierten geheimen „Turnerschäften“ der Freiheitspartei. Die Mitglieder des sogenannten „Bereins für landwirtschaftliche Berufsausbildung“, dem sämtliche Parchimer Mörder angehörten, waren verpflichtet, der Freiheitspartei beizutreten. Des weiteren zeigt die Begünstigung eines der Täter durch die Korbach-Zentrale in Wannsee, ebenso die hier schon gekennzeichnete Rolle des Verbindungsmannes Oberleutnant Friede, welche innigen Beziehungen zwischen der Korbach-Zentrale und den Korbach-Kreisen in Mecklenburg bezeugen. Der Oberreichsanwalt hätte — schon im Interesse des noch schwebenden Verfahrens — nachzuprüfen, ob der „Berein usw.“ nicht eine Parallelschneidung zu den „Turnerschäften“ der Freiheitspartei darstellt.

Aber ganz abgesehen davon, war der „Berein usw.“ in Mecklenburg bereits behördlich aufgelöst und bestand unter dem Decknamen einer „Abwicklungsstelle“ unverändert fort, ja er stellte weiter neue Mitglieder ein, was genau das Gegenteil einer „Abwicklung“ bedeutet. Damit ist der geheime Charakter dieser Vereinigung nach dem § 128 des Strafgesetzbuches ohne weiteres gegeben.

Entscheidend für die Zuständigkeit des Staatsgerichtshofes ist neben dem militärischen Aufbau des „Bereins“, der in der Führerhierarchie (Truppführer, Gruppenleiter, Bezirksleiter) und in den geheimen „Führerversammlungen“ zum Ausdruck kommt, vor allem die Tatsache des unbefugten Waffenbesitzes. Denn nach dem § 7, Abs. 5 des Republikstrafgesetzes verfällt der Jurisprudenz des Staatsgerichtshofes:

„Wer sich einer geheimen oder staatsfeindlichen Verbindung (§§ 128, 129 des Strafgesetzbuches) anschließt, die selbst oder deren Mitglieder unbefugte Waffen besitzen.“

Der unbefugte Waffenbesitz geht aber nicht allein aus den Aussagen verhafteter Militäer hervor, wonach sämtliche Truppführer — lauter alte Korbach-Gardisten — über Waffen verfügen, sondern auch aus dem Waffensund auf dem Gut Neuhof. Als nach dem dort beschützigen Truppführer Fährnich Höß gefahndet wurde, der die Ermordung Radows geleitet hatte, wurde ein Waffendepot beschlagnahmt, bestehend aus einem Maschinengewehr, sieben Revolvern, darunter Armeepistolen und Munition.

Nach § 13, Abs. 2 des Schutzgesetzes fallen auch solche Handlungen unter die Zuständigkeit des Staatsgerichtshofes, die im „tatsächlichen Zusammenhang“ mit sonstigen Handlungen stehen, die nach Leipzig gehören. Daß die vereinbarte Beseitigung eines Spießes durch Mitglieder des „Bereins“ den Zweck dieser Organisation dienen sollte, ist selbstverständlich. Somit gehört die ganze Parchimer Mordaffäre vor den Staatsgerichtshof.

Die einzige noch zweifelhafte Frage wäre die, ob die Untersuchung gegen die Mecklenburger Korbach-Filiale bzw. gegen die Parchimer Feme-Mörder in Verbindung mit dem schwebenden Verfahren gegen Korbach und seine „Turnerschäften“ oder von ihm getrennt von diesem zu führen wäre. Die Entscheidung hierüber hätte aber der Oberreichsanwalt selbst zu treffen.

Das ist die juristische Seite der Frage. Die politischen Gründe, die für die Ueberweisung der Parchimer Angelegenheit an den Oberreichsanwalt sprechen, hat in über-

zeugend knapper Form die volksparteiliche „Zeit“ zum Ausdruck gebracht, indem sie gestern schrieb:

„Wir sind keine Freunde des Gesetzes zum Schutze der Republik, aber nachdem es geschaffen ist, gehört dieser Fall unzweifelhaft vor den Staatsgerichtshof. Es müssen die letzten Fäden solcher Organisationen aufgedeckt werden, damit man weiß, mit wem man es bei diesen Verbrechen zu tun hat.“

Das ist ganz unsere Meinung und wir sind überzeugt, daß auch die Reichsregierung den gleichen Standpunkt einnimmt.

Richter in Haft behalten — Bernhardt entlassen.

Die BS-Korrespondenz teilt mit:

Auf Grund der gestrigen Vernehmung der an der Mordaffäre Parchim in Berlin verhafteten Ludwig Richter und Rudolf Bernhardt durch den Untersuchungsrichter im Polizeipräsidium ist Bernhardt im Laufe des gestrigen Nachmittags auf Antrag seines Verteidigers, Rechtsanwalt P. Bloch, aus der Haft entlassen worden. Gegen Richter wurde dagegen der Haftbefehl aufrechterhalten und der Begünstigung verdächtig ins Stadtgefängnis eingeliefert.

Zu den gestrigen Veröffentlichungen des Polizeipräsidiums über das Ergebnis der bisherigen Ermittlungen gegen die in Berlin verhafteten Mitarbeiter Korbachs, Ludwig Richter und Rudolf Bernhardt, wird der BS-Korrespondenz aus deutschpölitischen Kreisen folgendes mitgeteilt: „Richter war früher Angestellter der Organisationsabteilung II der Deutschpölitischen Freiheitspartei, in der die „Turnerschäften“ organisatorisch zusammengefaßt wurden. An der Spitze dieser Abteilung stand Korbach. Richter selbst war alter Korbach-Mann und wurde bei Gründung der Abteilung von Korbach als Sekretär übernommen. Nach dem Verbot der Partei wurden die Angestellten der Abteilung entlassen, also auch Richter. Davon, daß Richter einen der Teilnehmer an dem Parchimer Mord in das Bureau der drei völitischen Abgeordneten, Dessauer Str. 5, bestellt haben soll, ist in diesem Bureau nichts bekannt. Die weitere Behauptung, daß in diesem Geschäftsräume dem Wortteilnehmer Reifegeld gegeben worden sei, ist ebenfalls unrichtig. (Ist aber von Richter selbst zugegeben! Red. d. B.)“ Alle zur Auszahlung gelangenden Beträge gehen durch die Hände des Reichstagsabgeordneten Wulle, der weder Richter noch einer anderen Person in Richters Ausstroß Geld zur Verfügung gestellt hat.“

Korbachs Heldenjünglinge.

Das Urteil im Prozeß Hunzler-Martowski.

In dem Betrugsprozeß gegen Martowski, Bialmons und Hunzler, über den wir bereits kurz berichteten, billigte Staatsanwalt Deepenthal den Angeklagten zu, daß sie nicht beabsichtigt hatten, dem Deutschen Reich zu schaden, sondern daß sie mehr den Polen einen Schabernack spielen wollten, lediglich um Geld zu verdienen. Er beantragte für sämtliche Angeklagten je 1½ Jahre Gefängnis und Anrechnung der vollen Untersuchungsfrist, durch die die Strafe verblüßt wäre. Die Strafkammer verneinte darauf den Verrat militärischer Geheimnisse sowie Urkundenfälschung und erkannte nur auf einfachen Betrug. Bialmons und Martowski wurden zu je sechs Monaten Gefängnis, Hunzler zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Die Strafe wurde durch die Untersuchungsfrist als verblüßt angesehen. Martowski wurde als Ausländer der Polizei zur weiteren Verfolgung überwiesen. Bialmons wandert ins Zuchthaus zurück zur Verbüßung seiner dreijährigen Strafe wegen Landesverrats und Hunzler wurde freigelassen.

Noch ein Selbstschußheld.

Ein schwerer Fall der Ausübung der Wahlrechtsberechtigung wurde dem 20jährigen Angeklagten Rudolf Hoepfner, der sich vor der 7. Strafkammer des Landgerichts III wegen Betruges und schwerer Urkundenfälschung zu verantworten hatte, zur Last gelegt. Gleichzeitig gab die Verhandlung wieder einmal einen Einblick in die Psyche jener jungen Leute, die, ohne Lust zu ernster Lehre und Arbeit, durch die Bande vagieren und nur allzu leicht willfährige Werkzeuge in den Händen dunkler politischer Existenzen werden.

Der Angeklagte hatte sich hauptsächlich mit Sammlungen für politische Zwecke, und zwar für rechtsstehende Kreise befaßt. Er war nach Ausbruch der Revolution aus der Obertertia abgegangen und hatte sich den Baltikumtruppen

Bei den Ausgewiesenen.

Von Otto Ernst Hesse.

Man schändert wie in einem mittelalterlichen Traum durch die kleinen, winkigen Gassen und Sträßchen Bielefelds, die die Jahrhunderte neben den moderneren Straßenzügen haben stehen lassen, entzückt, begeistert von diesen Giebeln und Fachwerken, von dieser bürgerlichen Baukunst, die aus dem kleinsten, manchmal nur drei Fenster breiten Häuschen ein architektonisches Kunstwerkchen von der schönsten Harmonie der Verhältnisse gemacht hat. Und steht in der „Welle“, wohl dem reinsten Ueberbleibsel der Stadt, vor einem schiefen Giebelhause, an dem eine Inschrift bezeugt, daß es ein Meister Sombro anno 1557 erbaut hat, ein Auto, so erschrickt man: so tief ist der historische Bann, der von dieser Gasse ausgeht. Und man nimmt diesen Zauber mit hinaus auf die Sparenburg, von wo aus man die Stadt mit den Augen beherrscht, bis weit hinaus ins westfälische Land, das sich mit den zarten horizontalen seiner Hügelwellen leicht gegen die vertikalen der schieferschwärzen oder kupfergrünen Türme und die schlanke Linien der zahlreichen Schornsteine legt und mit seinem wechselluftigen Grün, unter Licht und Schatten eines beinahe regenlosen Nachmittags, dem halbgeschwärmten Ziegelrot der Westfalendächer, das der Klinkermeister Rohlfis aus dem benachbarten Soest klassisch zu malen versteht, einen wunderbaren Rahmen gibt.

Aber: man trägt mit sich, was diese Stille und Harmonie stört. Man hat den Worgen in der Beratungsstelle für die Eisenbahnverwaltung eingerichtet, hat, zugebracht und hat viel Bitteres gehört. Zweiundfünfzigtausend Deutsche — und übermorgen sind es gewiß schon sechzigtausend — sind aus Heimat und heimatischem Arbeitskreis mit Gewalt vertrieben worden. Fünfundachtzig Prozent dieser Ausgewiesenen sind pflichterfüllte Eisenbahner nebst ihren Familien, und die Eisenbahnverwaltung hat Sorge und Mühe genug, trotz der neuen Verordnung des Reichspräsidenten, nach der auf je tausend Einwohner des unbefestigten Reiches zwei Ausgewiesene des befestigten Gebietes unterzubringen sind, den täglichen Zustrom zu bewältigen. Man denkt im Reich viel zu wenig an diese Tausende, die da über eine sogenannte Grenze mit brutaler Schamlosigkeit abgeschoben werden, man hat im Reich auch wenig Ahnung davon, was für eine Organisation dazugehört, diese naturgemäß bis in die Tiefen der Seele und die Spitzen der Nerven ausgewählten Menschen physisch und materiell so zu versorgen, daß sie das Gefühl in das Exil mitnehmen, ihre Opferfreudigkeit finde die nötige Resonanz im Reich.

Zwei große Beratungszentralen sind geschaffen worden. In Fulda werden die Ausgewiesenen der Reichsbahndirektionen Mainz, Trier und Frankfurt, in Bielefeld die der

Direktionsbezirke Essen, Elberfeld und Köln ausgenommen, versorgt und verteilt. Fulda dirigiert seine Transporte nach Süddeutschland, Bielefeld die seinigen nach Norddeutschland. In diesen Beratungsstellen, die eine Reihe von Fürsorgestellen hinter sich haben, werden fast ausschließlich ausgewiesene Beamte beschäftigt damit die neu ankommenden Ausgewiesenen von vornherein in verständnisvoller Behandlung wissen. Es gibt da schweren Dienst, einen Dienst voller Unregelmäßigkeiten Tag und Nacht, Dienst mit langen Fahrereisen, Wartereien und psychologischer Destitute, die manche Verklümmung auszureichen hat. In Fulda und Bielefeld versucht man, den Ausgewiesenen die erste freundliche Raft zu schaffen und die Familienoberhäupter mit Frau und Kindern, die oft tagelang später eintreffen, zu vereinigen. Hier werden, nicht ohne Schwierigkeiten, die Personalien festgelegt — eine bürokratische Notwendigkeit, da schon mancher Gauner sich als „armer Ausgewiesener“ dem Reich auf den Geldbeutel zu legen unternommen hat —, wie werden die Millionen an Vorkäufen und zinslosen Darlehen ausgezahlt, mit denen sich die völlig ohne Hab und Gut Exportierten die ersten notwendigen Anschaffungen machen können.

Bielefeld hat für die durchgehenden Transporte ungefähr siebenhundert Betten in Hotels, Privatquartieren und Schulräumen zur Verfügung, alles, wie man sich überzeugen kann, tadellos sauber und so bequem, wie sich eben Massenquartiere einrichten lassen. Man hat auch begriffen, daß das seelische Moment beim Empfang der Ausgewiesenen eine Rolle zu spielen hat, und ist mit Gesang, Blumen und Liebesgaben zur Stelle, mit denen man stundenlang auf den Zug warten muß. Auch bemühen sich jetzt Magistrot und Lehrerschaft, für die Unterhaltung der abgespannten und oft krankhaft erregten Ausgewiesenen etwas zu tun.

Doch das dürfte mehr Sache der Gemeinden sein, denen die Transporte dann endgültig zugeleitet werden. In Badeorten bis hin zur Nordsee und Ostsee, in Eisenbahnerhäusern und Privatquartieren werden die Beamten mit ihren Familien untergebracht, wobei die Beamten und Arbeiter, so gut es geht, sofort wieder eine entsprechende Tätigkeit erhalten. Aber diese Tätigkeit allein wird den Schmerz, aus der engeren Heimat vertrieben zu sein, Häuser und Heime, an denen man jahrelang, jahrzehntelang gebaut und zusammengetragen hatte, haben verlassen zu müssen, kaum lindern können. Man muß diesen Opferbereiten und Opfern der Gewalt herrschaft überall das Gefühl geben, daß ihr Verhalten Resonanz findet, daß ihr Mitleidertum — und der, der ein wenig Einfühlungsvermögen in die seelische Lage anderer hat, wird jedes dieser privaten Schicksale als mütterliche nachfühlen — einen seelischen Zweck hat. Die Gemeinden, denen solche vertriebenen Familien zugeleitet werden — und soweit man sieht, wird der Strom ja immer größer — müssen ihre bürokratische Umständlichkeit in diesen Fällen einmal abtun und energisch helfen, den Vertriebenen das Bewußtsein zu schaffen, trotz allem „dabei“ zu sein.

Offener Brief.

Sehr geehrter Herr Degner!

Als ich Ihre Kritik über die Aufführung von Hölderlins „Tod des Empedokles“ las, glaubte ich die selbige einschlässige „Tägliche Rundschau“ vor mir zu haben. Diese nämlich pflegte auch mit Vorliebe Behauptungen aufzustellen, die sich nicht immer als stichhaltig erwiesen. Ich habe damals nicht geantwortet — aus ersichtlichen Gründen.

Heute antworte ich — aus ebenfalls ersichtlichen Gründen. Ich pflege künstlerische Kritiken, gleichviel ob sie Lob oder Tadel enthalten, gerne hinzunehmen. Das Lob freut — aus Tadel kann man lernen. Aber diese Kritiken müssen an die rechte Adresse gerichtet sein! Die Ihrige, Herr Degner, ist es nicht: Regisseur des „Empedokles“ war nämlich Ernst Legal — nicht Leopold Zehner.

Der Regisseur — das dürfte im allgemeinen bekannt sein — ist innerhalb seiner Arbeit von dem Intendanten in gleicher Weise unabhängig wie der Kritiker einer Zeitung vom Chefredakteur. Chefredakteure und Intendanten vertreten das Prinzip und sind für das Programm verantwortlich — der Kritiker und Regisseur wirkt an seiner Stelle autonom, wenn anders er eine Persönlichkeit ist und kein Handlanger. (Dies nebenbei.)

Run zur „causa Zehner“:
Erstens habe ich den „Tod des Empedokles“ nicht angenommen (ich hätte es gern getan!) —, sondern ich fand ihn vor. Folglich konnte mir zweitens auch nicht „Anstößt werden vor meinem Entschluß“. Folglich wollte ich drittens die „Sorge nicht los werden“. Sie haben ferner mit dem Zeitpunkt der Aufführung. Aber das sollten Sie nicht tun. Es gibt nämlich innerhalb des Repertoires etwas, das man „Aufbau“ nennt. Und es fand sich meines Erachtens keine bessere Krönung einer kampfreichen Spielzeit als die Aufführung des Hölderlinschen Weisheitspiels. So wurden denn auch in anderen Bältern Stimmen laut, die gerade den Termin der Aufführung als eine künstlerische Tat des Schauspielhauses anerkannten. . . . deswegen zwar, weil die Sommermonate zumeist den Operntrieb der Bühnenleiter zu entfesseln pflegen — das Staatstheater aber in solchem Zeitpunkt noch nicht „die Koffer packt“, sondern es mit Hölderlin hielt.

Sie wünschen mir schließlich „gute Erholung und Kraft zu lebensgestaltenden Inszenierungen“. Ich wünsche Ihnen dagegen: einige beständige Augenblicke, um über den Anlaß dieses meines offenen Briefes nachzudenken.
Leopold Zehner.

Wie Karl Scheidemantel zur Bühne kam. Der Tod des Sängers und Gelangspädagogen Karl Scheidemantel ruft die Erinnerung an den genialen Worttonisten wach, der nicht nur als Bühnen-, sondern auch als Biederfänger sich einen Weiruhm erworben hatte. 1911 hatte er seinen Abschied von der Bühne genommen, nachdem er in 33 Jahren in 170 Partien unvergessliche Gestalten geschaffen hatte. In seiner anspruchslosen und humorvollen Art hat er selbst erzählt, „Wie ich zur Bühne kam“. In Weimar, „wo jeder schon von Rechts wegen einen keinen Kunstklaps weg hat“, war er als Sohn eines Hofkapellmeisters geboren, und der Vater schickte ihn aufs Seminar, um

Eine Hamburger Putschzentrale.

Hamburg, 28. Juni. (Eigener Drahtbericht.)

In der Bürgerkassette enthielt die sozialdemokratische Abg. Ehrentzeit einen gut vorbereiteten Anschlag gegen die Republik, dessen feingespinnne Fäden durch die Aufmerksamkeit der Polizeibehörden zerrissen worden sind. Aus dem Material ergibt sich, daß seit 1919 in Groß-Hamburg

auf Veranlassung des Stabes des Wehrkreiscommandos in Stettin eine Nachrichtenstelle

existiert; weder die hamburgische, noch die preussische Regierung waren von der Existenz unterrichtet. Auch die Regierung Birck mußte nichts darüber. Diese Nachrichtenstelle hatte bereits bei der Vorbereitung und Durchführung des Kapp-Putsches ihre Hand im Spiel. Auch davon wurde weder die Hamburger noch die preussische Regierung, noch auch die damalige Reichsregierung, diese Nachrichtenstelle, die aus privaten Mitteln unterhalten wird, befaßt sich noch heute mit der

Überwachung von Versammlungen und Personen der links von den Deutschnationalen stehenden Parteien.

Zur Aufgabe der Nachrichtenstelle gehörte, das Reichswehrcommando über interne Vorgänge innerhalb der Regierungsparteien, über die Parteiführer und ihre Gewohnheiten zu unterrichten. Zu diesem Zweck waren 20 besoldete Agenten in Hamburg-Altona tätig. Diese hatten die Mitgliedschaft in den einzelnen Parteien zu erwerben und zu versuchen, auch an veritaulichen Zusammenkünften teilzunehmen und das Wehrkreiscommando davon zu unterrichten. Der Nachrichtenstelle ist weiter ein eigener Erkennungsdiensdienst angegliedert, dem die Aufgabe zugewiesen ist, die „Hauptbeher“ zu überwachen und Lauschen und Ansprachen zu sammeln, die als Unterlagen für eine spätere Inhaftierung dienen könnten. Ferner sollten Personen ausfindig gemacht werden, die später als Zeugen gegen die „Hauptbeher“ auftreten würden. Nach einem streng geheimen Bericht an das Wehrkreiscommando hat vor einiger Zeit eine Befragung über die Organisation des Nachrichtenendienstes in Norddeutschland im Hamburger Hotel „Atlantic“ stattgefunden. Es wurde verlangt, den preussischen Staatskommissar zur Aufrechterhaltung der Ordnung nach Möglichkeit von dem Nachrichtenendienst auszuschalten. Der Verbindungsmann des Wehrkreiscommandos, Obersteuermann v. Bremer, Altona, riet aber von der Ausschaltung ab, weil der Staatskommissar dann

die Wiederherstellungsarbeiten für die Monarchie

erschweren könnte. Aus dem vorliegenden Material ergibt sich, daß auch Beamte von Behörden mit diesem illegalen Nachrichtenendienst zusammenarbeiten, daß die Herstellung der Monarchie geplant ist, daß führende Militärs aus Schwertia und Stettin Träger dieser Bewegung sind, alle Parteien mit Ausnahme der Deutschnationalen beipflichten und Mittel der Republik für die antirepublikanische Propaganda benutzt werden. Im Wehrkreiscommando Stettin sind die gleichen Bestrebungen vorhanden wie beim Schweriner Kommando. Da sich die leitenden Personen der beiden

Kommandos aber scheinbar untereinander nicht trauen, hat das Stettiner Kommando in Hamburg einen besonderen Vertrauensmann namens Niemann, der ihm Informationen liefert.

Ein gewisser Hans Kreuzfeld

erwarb die Mitgliedschaft in der Sozialdemokratie

und dem Metallarbeiterverband und versuchte, im Auftrage des Stettiner Wehrkreiscommandos, einen Plan zur Abwehr eines Rechtsputsches sowie einen Plan zur Bildung proletarischer Hundertschaften bei den sozialdemokratischen Vertrauensleuten loszuwerden. Als er damit kein Glück hatte, wandte er sich an die radikalen Betriebsräte, wo er schon etwas mehr Erfolg hatte. Ein gewisser Schneider Krusemark in Altona hatte den Auftrag, unter den Erwerbslosen entsprechende Propaganda zu treiben. Ein Hamburger Konzern hat für diese Propaganda Riesensummen zur Verfügung gestellt, ebenso der frühere Direktor der Wocmann-Linie, Müller. In einer Denkschrift, die von dem Hamburger Verbindungsmann am 25. März nach Stettin gesandt wurde, ist der

Plan einer militärischen Besetzung Hamburgs

enthalten. Behring, der Vorsitzende des „Bundes der Niederdeutschen“, wird als der Mann bezeichnet, bei dem alle Fäden zusammenlaufen. Die Bororte Barmbeck, Hammerbrook und die nördlichen Bororte Hamburgs sollen, um größere Unruhen im Reim zu erstickern, vor dem Einmarsch der Truppen mit Artilleriefire besetzt werden. Aus dem Material ergibt sich weiter, daß der Leiter der „Technischen Röhre“, Beyer, mit der illegalen Nachrichtenstelle nicht nur in Verbindung steht, sondern als zuverlässig bezeichnet wird. Von dem Generalmajor a. D. Hellfried ist im Mai d. J. ein umfangreicher

Schlachtplan gegen den inneren Feind

— Pazifisten und Sozialisten — aufgestellt worden. Aus diesem Plan ergibt sich, daß Verbindung besteht zwischen dem „Bund der Niederdeutschen“ und den deutschnationalen Wandervögeln, den deutschnationalen Turnvereinen und dem „Bismarck-Bund“. Besondere Aufmerksamkeit ist der

Beseitigung der Führer des roten Widerstandes

gewidmet. Es heißt da wieder in der Denkschrift: „Je radikaler die Gewalt angewandt wird, desto schneller geht es. Mit Aufzählern wird nicht verhandelt.“ Den Unterführern dieser Bewegung ist von General a. D. Hellfried, der natürlich auch seine schöne Pension von der Republik bezieht, die Verpflichtung auferlegt worden, im Falle einer Verhaftung und gerichtlichen Vernehmung, keine Angaben zu machen, sondern ihn als den allein Informierten hinzustellen. Es wurde ferner eine fertig gearbeitete Verordnung vorgefunden, nach der die landesstaatliche Gewalt in Hamburg aufgehoben und

alle Gewalt einem bestimmten Teil der Reichswehr

übertragen wird. Die der Senat mitteilte, ist das ganze Material an den Oberreichsanwalt gegangen.

angeschlossen, bei denen er sich bald zum Offizier aufschwang. Später spielte er beim Stabe des Fürsten Awalom-Bermont eine führende Rolle. Als diese Truppenteile aufgelöst wurden, schloß er sich der Organisation C an und war bei dem Grenzschutz Oberland in Oberschlesien. Hier sammelte er bereits für die genannte Truppe. Nach Auflösung des Grenzschutzes machte er sich „selbstständig“. Er befehlt eine Reihe von Sammelstützen und Stempel in der Hand und wandte sich teils an ehemalige Angehörige der Organisation, teils an ihm bekannte Gönner derselben. An zahlreiche Firmen richtete er gefällige Schreiben einer angeblichen „Oberschlesier-Hilfe“. In dem Brief schrieb er, daß ein Zug Vermittler wieder auf dem Transport sei und daß für diese Mittel notwendig wären. Er fügte auch von ihm angefertigte, blutrünstige Schilderungen über Greuelthaten in Oberschlesien bei. Auf diese Weise gelang es ihm, sehr erhebliche Geldbeträge einzunehmen. In der Verhandlung behauptete er, daß er an einen Studienassessor Köhler einen Teil der vereinnahmten Summen für die D. C. abgeführt habe. Er gestand aber ein, daß er den größten Teil des gesammelten Geldes für sich verbraucht habe. Staatsanwaltschaftsrat Steger erblide in der Handlungsweise des Angeklagten den schändlichsten Mißbrauch der Hilfsbereitschaft. Durch derartige Betrügereien werde den Spendern die Lust zu wirklicher Hilfe geraubt. Der Staatsanwalt beantragte 3 Jahre 6 Monate Gefängnis und 5 Jahre Ehrverlust.

Das Gericht sah die Sache sehr milde an und verurteilte Hoepfner zu 1 Jahr Gefängnis, wovon 6 Monate auf die Untersuchungshaft abgerechnet wurden. Die Rößbachtruppe hat also Aussicht auf erfreulichen Zuwachs.

Knilling lächelt!

München, 28. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die politische Aussprache im Landtag wurde schnell zu Ende geführt. Außer dem Genossen Dill fühlte sich keiner der Redner veranlaßt, die Dinge in Bayern beim rechten Namen zu nennen. Nur der Demokrat Dirr erkannte an, daß endlich eine radikale Reinigung der sogenannten nationalen Bewegung in Bayern, eine Rückkehr zu dem Grundsatz: „Oleches Recht für alle“ notwendig sei. Der Ministerpräsident gab dem Parlament einen Jubeltritt. Er kümmerte sich einen Teufel um die demokratische Kritik. Die schweren Anklagen, die ihm Genosse Dill entgegenbrachte, verursachten Herrn von Knilling wohl einiges Unbehagen, aber die an ihn gerichteten Fragen beantwortete er nur mit einem hochmütigen Lächeln. Dieses parlamentarisch unqualifizierbare Verhalten verleiht er und seine Partei, wie man hört, formal damit, daß nur der Etat des Neuhäuser zur Debatte stand, die Beschwörungen der Sozialdemokratischen Partei aber lediglich innerpolitische Dinge berührt hätten. Demgegenüber muß festgestellt werden, daß der bayerische Ministerpräsident und Minister des Äußeren zugleich verantwortlich ist für die gesamte Politik der bayerischen Regierung. Da, daß er die führende und in erster Linie verantwortliche Persönlichkeit im Gesamtministerium ist. Diese Interpretation kommt von niemand anderem als dem Führer der Bayerischen Volkspartei, Heib.

Die Interpellation der Sozialdemokratie betreffend den Hochverratsprozeß Fuchs-Machhaus gebend die Regierung nach der Urteilsverkündung, also Anfang nächster Woche, zu beantworten.

Abgebligte Volksparteiler.

Dresden, 28. Juni. (M.B.) Der sächsische Landtag lehnte heute das von der Deutschen Volkspartei gegen Ministerpräsidenten Ziegner wegen seiner Niederplaniger Rede eingebrachte Mißtrauensvotum mit 48 Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten gegen 43 Stimmen der Bürgerlichen ab.

Verbreitung der Renten. Der Reichsrat nahm in seiner gestrigen Vollsitzung Beschlüsse an, wonach die Unterbringung für Renteneempfänger in der Invaliden- und Angehörigenversicherung am 1. Juli verdreifacht und die Bezüge aus der Unfallversicherung, sowie die Zulagen und Geldbeiträge in der Unfallversicherung verdoppelt werden. Angenommen wurde schließlich noch eine Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über wertbeständige Hypotheken. Danach werden außer den im Gesetz genannten Wertmessern weiter eine Sorte Kali und drei Sorten Kohlen als Wertmesser zugelassen.

aus ihm einen Volksschullehrer zu machen. Er zeichnete sich besonders im Singen aus und besaß bereits mit 17 Jahren eine vollentwickelte Männerstimme, so daß er bei einer Schüleraufführung dem Opernsänger Borchers aufstieg. Dieser lud ihn zu sich und sagte: „Hören Sie mal, junger Mann, Sie haben Stimme und Talent. Ich will Sie zum Sänger ausbilden, und zwar umsonst. Sie brauchen erst Stundengeld zu zahlen, wenn Sie 80 Taler Gage haben.“ Der Vater behandelte diese neue Aussicht seines Sohnes in ebenso praktischer wie vorzüglicher Weise. So blieb Scheidemantel denn auf dem Seminar und bildete gleichzeitig seine Stimme bei Borchers aus. Schon nach einem Jahre wirkte er in einem kleinen Konzert mit, bei dem sich unter den Zuhörern auch der Intendant des Weimarer Hoftheaters befand.

„Ich sang aus dem Lannhäuser Wolframs Anrede im zweiten Akt“, erzählt Scheidemantel selbst. „Da stand der Intendant auf, kam auf mich zu und sagte: „Sie sind engagiert!“ Ich war so verlegen, daß ich nichts antworten konnte, und endlich sagte ich: „Ach bitte, sprechen Sie mit meiner Mutter!“ Die Ueberraschung, die das Engagement unter den Anwesenden verursacht hatte, war vor dieser unerwarteten Wendung gewichen. Alle lachten. Wir kamen nach Hause, und mein Vater, kühl und ruhig, erwiderte: „Gut, ich werde mit dem Herrn Baron sprechen. Wenn's was Ordentliches ist, ja — Lädenbühler, nein.“ Der junge Sänger erhielt seinen Kontrakt, sollte aber erst noch die Abgangsprüfung auf dem Seminar machen. „Da kam der entscheidende Tag. Auf den 15. September 1878 war „Lannhäuser“ angesetzt. Fedor von Wilde, der den Wolfram singen sollte, hätte abgelaßt, und ich wurde vor die Feuerprobe gestellt. Die Aufregung in der Schule und in unserem Bekanntenkreis! Das ganze Seminar versammelte sich im Theater in den „höheren“ Rängen. Alle unsere Bekannten waren da. Da sagte ein Rührer: „Ich habe schon gehört, daß er eine schöne Stimme hat, aber ob er spielen kann?“ „Was?“ bekam er von einem anderen zur Antwort, „der wird nicht spielen können! Hast du schon mal gesehen, wie er turnen und schwimmen kann?“ Der Abend kam, und ich stand mit einer einzigen Orchesterprobe als Wolfram auf der Bühne. Aber das Publikum nahm mich glänzend auf. Im ersten Jahre sang ich 16 große Rollen. Das war der Anfang.“

Theater. Es ist der Sommerdirektion des Schiller-Theaters gelungen, auch Kiele Ihaufen als Gast für die weiteren Aufführungen der Operette „Süde Ost“ zu gewinnen. Die Künstlerin beginnt ihr Gastspiel am 3. Juli.

Das Schauspieltheater beginnt seine Vorstellungen am Montag, den 16. Juli, im Zentraltheater mit Schillers „Mäuber“. Es wirken mit: Heinrich George als Karl Moor, Alexander Granach als Franz Moor, Maria Pelt als Amalia.

Warconis neue Erfindung. Warconis hat mitgeteilt, er habe eine ähnliche Erfindung gemacht wie der französische Marec, die gestatten werde, alle Erörterungen bei Uebereinstimmung funktionellergraphischer Mitteilungen auszuscheiden. Dieser Apparat wird an die Ausgangsstation angebaut und gestattet die Benutzung einer weitaus kleineren elektrischen Kraft als bisher.

Luffverlehrer Mesdan-Talidant. Der Leiter der Noten Zulassungs Commission ist nach 27tündigem Flug aus Wolfkan in Talidant eingetroffen, wobei der Absturz in Höhe von 4000 Meter überfliegen wurde. Die Transatlantische Luftverkehrs-Gesellschaft organisiert eine Luftverkehrslinie Lissabon-Paha.

An unsere Leser und Freunde!

Der rapide Sturz der Mark und die damit in Verbindung stehenden ins Riesenhafte sich steigenden Preise für alle Materialien hat für das Zeitungsgewerbe und insbesondere für das Fortbestehen unserer Parteilpresse die allererschwersten Folgen. Konnte im Juni die Zeitung dem im tolen Laufe nach oben gehenden Dollarkurs und den mispringenden Preisen kaum standhalten, so werden im Juli die Verhältnisse für die Presse fast unerträglich. Der Papierpreis ist noch nicht endgültig festgesetzt, doch soll nach der Ankündigung der Druckpapierfabrikanten die Erhöhung von ungefähr 180 Proz. gegen Juni betragen. Im Juni erhöhte sich der Papierpreis auf 2550 M. für die erste Hälfte des Monats, sodann stieg er am 15. Juni auf 2750 M. und für die letzte Woche des Monats sogar auf 2985 M. Nach den bisherigen Mitteilungen wird der Papierpreis für Juli wahrscheinlich über 7000 M. pro Kilo betragen. Eine Wagenladung Papier, die bisher 25 Millionen kostete, wird im Juli über 75 Millionen Mark kosten. Der Druckpreis hat sich gleichfalls im Juli in kurzen Zwischenräumen um 70 und 75 Proz. erhöht. Telefon- und sonstige Postgebühren steigen um das Mehrfache.

Einen festen Bezugspreis für den ganzen Monat festzulegen, wird unter den jetzigen Verhältnissen zur Unmöglichkeit. Wir haben, bevor uns die Ankündigung über die ganz abnorme Erhöhung des Papierpreises bekannt wurde, den Bezugspreis mit Schöpfungswesen Zuschlägen für Erhöhung im Juli, die aber bei weitem den angekündigten Papierpreis nicht erreichen, für den nächsten Monat auf 22 000 M.

festgesetzt, müssen aber hinzufügen, daß bei dem unberechenbaren Dollarkurs, nach dem der Papierpreis berechnet wird, dieser Preis freibleibend sein muß. Wir möchten daher unsere Abonnenten und Genossen jetzt schon bitten, daß sie, wenn wir durch den Druck der weiter steigenden Preise gezwungen würden, in der zweiten Hälfte des Monats eine weitere Erhöhung einzutreten zu lassen, im Interesse der Erhaltung unseres Parteilorgans, auch diese auf sich zu nehmen.

Wir sind überzeugt, daß unsere Freunde und Genossen den bedrückenden Verhältnissen, in denen sich unsere Presse befindet, das bisherige geistige Verständnis uns auch diesmal entgegenbringen und alle Kräfte daran setzen, den „Vorwärts“ zu erhalten und zu stärken.

Verlag und Redaktion des „Vorwärts“.

Eine Rede Severings.

Bielefeld, 28. Juni. (M.) In einer stark besuchten Versammlung in der „Zentralhalle“ zu Bielefeld entwickelte der preussische Innenminister Severing seine Ansicht über die außen- und innenpolitische Lage. Ausgehend von der letzten deutschen Note schilderte er die Politik, die das Kabinett Cuno bisher betrieben habe. Es sei doch allmählich eine wachsende Erkenntnis bei unseren Freunden festzustellen. Er glaube zwar nicht an einen englischen Protest gegen die französische Politik, sondern er erwarte im augenblicklichen Stadium mehr von direkten Verhandlungen mit Frankreich. Der passive Widerstand werde nicht aufhören, es sei ein Kampf des guten Gewissens gegen französische Vagabondage. Aktiver Widerstand aber wäre Torheit. Die Leute, die das predigen, seien Demagogen. Es ließe sich keine Parallele ziehen zwischen 1813 und 1923. Zur Innenpolitik sagte der Minister, daß er alle sinnlosen Axtentate mit allen Mitteln unterbinden werde. Andererseits müsse er sich entscheiden gegen die sogenannten proletarischen Hundertschaften einzusetzen. Die Gestaltung derselben sei das Signal zum Bürgerkrieg, den keiner, besonders in dieser lästigen wirtschaftlichen Zeit, gutheißen könne.

Die Ausführungen des Ministers wurden oft durch kommunistische Zwischenrufe unterbrochen, auf die der Redner meistens einging, um sich nachher noch in einer ausgedehnten Aussprache auseinanderzusetzen.

Zwei Saboteure verhaftet.

Elsfeld, 28. Juni. (Eig. Drahtber.) Im englisch besetzten Gebiet wurden gestern nacht um 12 Uhr zwei Männer verhaftet, die im Besitz von zwei Zentnern Dynamit waren. Die beiden Verhafteten verweigerten zunächst jede Aussage. Erst später gestanden sie, daß sie aus München kamen und nach Beirath bei Düsseldorf wollten.

Beschlagnahme von Lohngeldern.

Glöbed, 28. Juni. (M.B.) Gestern mittag kamen hier sechs junge Leute von Essen an, die in Koffern 1 Milliarde 100 Millionen Mark nach Dörsten bringen wollten, wo das Geld zur Auszahlung von Gehältern und Löhnen dienen sollte. Als die jungen Leute mit den Koffern auf dem Wege zum Ostbahnhof waren, wurden sie von dem Hotel Dreemann, in dem sich das Offizierskasino befindet, von Belgien angehalten. Sie mußten sich ausweisen und die Koffer öffnen. Nachdem die Belgier Herkunft und Zweck des Geldes festgestellt hatten, wurde die gesamte Summe von ihnen „beschlagnahmt“.

Duisburg, 28. Juni. (M.B.) Gestern wurden weiterhin 200 Duisburger Eisenbahnerfamilien, die den Ausweisungsbefehl erhalten hatten, von Duisburg abtransportiert. Eine ungeheure Menschenmenge aus allen Schichten der Bevölkerung gab den Scheidenden das Geleit zum Bahnhof.

Das Gelsenkirchener Zugunglück.

Gelsenkirchen, 28. Juni. (M.) Wie einwandfrei festgestellt worden ist, wurden bei dem gestrigen Eisenbahnunglück drei Franzosen getötet. Die Anzahl der Verwundeten ist nicht zu ermitteln gewesen, da sie in das französische Militärhospital Düsseldorf gebracht wurden. Die Sirede, auf der jeglicher Betrieb ruht, dürfte erst nach längerer Zeit wieder befahrbar sein.

Ein Beitrag zur Kartoffelnot.

Aus unserem Leserkreis schreibt ein Geschäftsmann: Ich erhielt am Montag eine Fuhrer Kartoffeln zur Abnahme und unterhielt mich mit dem Ueberbringer über die Knappheit der Ware. Ich selbst war im Herbst in Thüringen beim Kartoffelausmachen, solche Ernte hat es seit Jahren nicht gegeben! Ich fragte den Ableser: Wo sind oder bleiben die Kartoffeln? Die Antwort des Besizeren auf meine Frage war: Nachdem das Brennverbot aufgehoben, ist es verständlich, daß die Erzeuger ihre Ware zu den Brennereien bringen, die die höheren und höchsten Preise bezahlen!

Die Zufuhr trifft infolgedurchaus die volle Wahrheit, als die derzeitigen Kartoffelbesitzer nicht nur eine, sondern verschiedene Möglichkeiten haben, die Kartoffeln vor allzugroßer Billigkeit zu schützen.

Der Ehrhardt-Prozeß vor dem Staatsgerichtshof ist auf den 9. Juli festgesetzt worden. Angeklagt sind: Kapitänleutnant a. D. Ehrhardt wegen Hochverrats, Dr. Carl Schlichter, Prinzessin Margarete von Hohenlohe und Dr. Franz Biederinger, beide in München. Ueber 80 Zeugen sind geladen.

Im Prozeß gegen die Bilderflücker von Lemgo wurde der Haupttäter zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt, die übrigen Angeklagten wurden freigesprochen. Dem Prozeß lagen die Vorgänge zugrunde, die vor einem Jahre nach dem Rathenow-Mord sich ereigneten, als Mitglieder der linken Parteien die Entfremdung monarchistischer Bilder und Wahrzeichen im Rathaus und anderer öffentlichen Gebäude forderten und durchsetzten.

Das deutsche Schulwesen in Poinisch-Oberschlesien betreffen Warschauer Verhandlungen, an denen auch Calonder, der Vorsitzende der gemischten Oberschlesienkommission, teilnimmt.

Die dänischen Offiziershüter folgten einer Einladung des „Matin“. Beim Fest feierte Generalsekretär Anecht die dänisch-französische Freundschaft.

Gegen die französische Spionage in Spanisch-Marokko verlangt die spanische Presse energische Gegenmaßnahmen.

Gewerkschaftsbewegung

Lohn- und Steuerbetrug.

Der Gleitlohn, gegründet auf Gold oder andere Teuerungszeichen, soll die Inflation, den wüsten Banknotendruck ohne Wertunterlage, steigern. Das wird behauptet und geglaubt.

Das ist aber falsch. Es ist eine interessierte Theorie der kapitalistischen Burgökonomie. Die Volkswirtschaftslehre weiß es anders.

Gehälter und Löhne werden aus dem Erzeugnis gezahlt.

Wenn das Spinnmädchen eine Woche lang Garn gemacht hat, wenn der Schlosser, der Ingenieur Dampfmaschinen, Elektromotoren gebaut haben, so ist ein Arbeitsertrag da und davon bekommen die Erzeuger einen Teil. Für ihre Bezüge haben sie den Gegenwert geliefert, und sogar mehr als den Gegenwert und lange vor ihrem Bezug.

Sie können ihr Geld bekommen aus dem erzeugten Werte nach dem gangbaren und bewährten Verfahren des Geschäftslebens von jeher, ohne Banknotenschwindel, ob sie nun sehr wenig oder nicht ganz so wenig erhalten. Es sei denn, sie bekämen mehr als ihren Arbeitsertrag. Aber so bevorzugt sind nur die Schieber, Kapitalisten und ihre nächsten Günstlinge.

Gewiß ist es richtig, daß bei einem Bohne, der mit der Papiergeldentwertung einigermaßen steigt, der dem Gehalts- und Lohnbetrug durch die Banknoten einigermaßen vorbeugt, noch mehr solche Wäpche gedruckt werden können, wie bei ungezügelter Betrug.

So war es in Oesterreich. Das kommt von der Entlohnung der Staatsbeamten. Aber nur, wenn die Staatskasse nicht gefüllt wird.

Zum Gleitlohn gehören Gleitsteuern. Das Gegenteil ist Steuerbetrug. Wie der Lohnbetrug, so muß auch der Steuerbetrug aufhören! In Oesterreich ist das nicht geschehen. Deshalb verkaufte die in Oesterreich regierende Reaktion die Staatshoheit an die Entente für lumpige 500 Millionen Goldtröten, eine Summe, die mancher einzelne Oesterreicher besitzt.

Auch die Gehälter der Staats- und Gemeindebeamten müssen aus dem Nationalprodukt gezahlt werden.

Der Vorgang ist durchsichtig, wenn er nicht unter der Hirnverkeimerung der kapitalistisch gedachten Presse verdunkelt, verrührt und verflüchtigt wird.

Ein Fabrikant bezahlt seinen Nachwächter aus dem Erzeugnis! Das Erzeugnis ist, daß frühmorgens die Fräser, Bohrmaschinen, Kohlen und Metalle noch da sind, wenn die Arbeiter zum Betrieb kommen. Eine größere Aktiengesellschaft bezahlt viele Nachwächter und einen Obernachtswächter. Auch Kanzleibediener und Schreiner, die sein müssen, wenn der Betrieb nicht leiden soll, und die nur arbeitsteilig tun, was ein alter einzelner Drechslermeister früher eigenhändig tat.

Die Gesamtheit aller Betriebe, der Staat, zahlt in gleicher Weise die Schulpolizei, den Oberreichsanwalt, den Rechtsrat, den Geh. Kanzler und Reichsbankier. Das tut er aus dem Erzeugnis jeder Produktionsperiode, wenn Ordnung herrscht. Aus der Notensprelle aber, wenn nur die Arbeiter ihr reichlich Teil beitragen, die Kapitalisten aber sich durch bekannte Mittel, besonders durch plötzlichen Marktsturz, um ihre Schuldigkeit drücken.

Kommunistische Umkehr?

Gestern nachmittags fand bei der Firma Schneider u. Co., Maschinenwerke in Spandau-Seefeld, eine Betriebsversammlung statt. Genosse Heinig sprach über „Berufständliche Löhne und die Aufgaben der Gewerkschaften“.

Die Kommunisten hatten sich aus ihrer Zentrale eine gewerkschaftliche Fachmann eingeladen. Was er, der doch zum Kopf der gewerkschaftlichen Zellenbauer gehört, erklärte, verdient besondere Beachtung. In wohlhabenden Worten wurde von ihm bekanntgegeben, daß die Kommunisten im Kampf um den werbeständigen Lohn die Richtlinien, die im besonderen der AFD-Bund aufgestellt hat, für durchaus richtig anerkennen. In der Forderung eines Grundlohnes, der durch Verbindung mit dem Lebenshaltungsindezes werbeständig gemacht werde, „wird es mit uns volle Einigkeit geben“!

Die Ausführungen des Mannes aus der Münzstraße wurden dann noch interessanter, weil sie nicht nur die Grundlagen des derzeitigen freigewerkschaftlichen Kampfes als richtig anerkannten, sondern sich auch der Argumente und Gründe der Spitzenverbände voll angeschlossen. Es wurde betont, daß ein Friedensreallohn jetzt gar nicht gefordert werden könne, ebenso sei der Dollar- oder der Goldlohn Unfinn.

Die Verammlung begrüßte selbstverständlich die unerwartet vernünftigen Ausführungen des kommunistischen Gewerkschaftssekretärs. Es machte sich bei ihr nur berechtigter Zweifel geltend, ob der Redner im Sinne seiner Partei und seiner Auftraggeber gesprochen habe. Auf eine Frage des Referenten wurde allerdings erklärt, daß die vorgetragene Meinung die aller kommunistischen Gewerkschaftler sei, die im Kampf um die werbeständigen Löhne nichts anders als die Einigkeit wollten.

Wir sind neugierig, was die „Rote Fahne“ von morgen ab zum Kampf der freigewerkschaftlichen Spitzenverbände um ehrlichen Lohn zu sagen haben wird. Sie muß sich doch nun plötzlich vom wüsten Schimpfen auf verständige Einsicht umstellen. Oder war der Gewerkschaftsmann der Kommunistischen Zentrale auf eigene Faust vernünftig?

Zum wilden Streik in Barby.

Von einem Mitglied der Delegation aus Barby, Herrn Hausdorf in Neudorf, erhielten wir eine längere Zuschrift, die den Zweck haben soll, Irrtümer und Unwahrheiten zu vermeiden — wie sie der „Rote Fahne“ in ihrem Angriff gegen den Vorstand des AFD-B. als „Unternehmertrug“ unterlaufen sind. Diese Zuschrift ist typisch für die Auffassungen in manchen Arbeiterkreisen über die Erledigung von Lohnunterschieden, weshalb wir die wichtigsten Stellen wiedergeben. „Die Deutsche Raizena A.G., ein amerikanisches Unternehmen, läßt zurzeit ein Riesenwerk in Barby an der Elbe errichten. Es sind dort allein von der Firma Wahns u. Freitag 1000 Mann beschäftigt. Außerdem kommen noch etwa 700 Mann in Frage, die bei den übrigen Baufirmen tätig sind.“

Durch eine angeblich verkehrte Lohnpolitik des Deutschen Bauwerksbundes wurde bis heute ein Stundenlohn von 3430 M. als Spitzenlohn gezahlt. Die Landarbeiter des Gutsbesizers v. Dipe in Barby hätten außer ihrem Deputat einen Wochenlohn von nur 32 000 M.

Aus dieser Not heraus schlossen sich die Kollegen aller Betriebe in Barby zusammen und stellten am 18. Juni die Forderung einer Teuerungszulage von 500 000 M. Diese Forderung war gerichtet an die Raizena A.G., die Leitung von Barby war aber rechtzeitig

nach Hamburg geflüchtet. Von dort aus Leschen die Herren den Ruf, uns zum Hohen aufzufordern, bis Mittwoch, den 20. Juni, mittags 11 Uhr, die Arbeit wieder aufzunehmen. Dies wurde von den Belegschaften mit Entrüstung zurückgewiesen.“

Kein Wort in dieser Darstellung davon, daß diese Forderung beschloßen und erhoben wurde ohne Hinzuziehung der Gewerkschaftsvertreter, kein Wort davon, daß mit der Aufstellung der Forderung sofort der wilde Streik einsetzte.

Nachdem die Aktion in dieser Weise eingeleitet hatte und Verhandlungen der Betriebsräte mit dem Landrat des Kreises Calbe a. d. S. und dem Bürgermeister sich als zwecklos erwiesen — wie in der Zuschrift zugegeben werden muß — Landrat und Bürgermeister „aus ihrem gesetzlichen Rahmen nicht heraus konnten“, erkannte man, daß die Sache verfahren war. Weil man nicht weiter kam, wählte man zwei Delegationen. „Eine sollte nach Magdeburg zu unseren Gewerkschaften, die andere nach Berlin, um hier die notwendigen Schritte zu unternehmen, um die Bauvereinbarung zu verhindern. Da man uns überall abwies, wandten wir uns, gewiß durch Erfahrungen mit dem Angestelltenheimat des Deutschen Bauwerksbundes Magdeburg, an den Abgeordneten Kemmele der AFD.“

Nachdem — und zwar nach dem berühmten Telefongespräch, das die „Rote Fahne“ in falscher Darstellung zu ihrem niedrigen Angriff gegen den AFD-B. ausschaltete — kam die Delegation zum AFD-B. Und nun beklagt sich der Berichterstatter darüber, daß der Genosse Schulze die Mitglieder der Deputation auf die gewerkschaftlichen Richtlinien verwies, also auf den legalen Weg zur Führung von Lohnbewegungen und zur Beilegung die von vornherein verführten Aktion. Die Führer dieser gegen jede gewerkschaftliche Übung und Erfahrungen, gegen die Gewerkschaftsjahrgang unternommenen Bewegung, sehen offenbar auch jetzt noch nicht ein, daß sie es sind, die verkehrt gehandelt haben und ihnen beim AFD-B. die einzig mögliche Auskunft gegeben wurde. Und nun wundern sich S. und Klotz: „Es ist den amerikanischen Machthabern der Raizena A.G. tatsächlich gelungen, uns auf die Straße zu setzen...“

„Und warum? Weil wir nicht unseren Hunger nach gewerkschaftlichen Richtlinien stillen wollten.“

Rein, weil ihr in der törichtesten Weise eine „Aktion“ inszeniert hat, es nicht versteht, eine Lohnbewegung zu führen und die Gewerkschaften, die dazu da sind, nicht von vornherein hinzugezogen hat! Der Einfacher Hausdorf dankt dem Abg. Kemmele und der „Rote Fahne“ für ihre Unterstützung. Was diese Unterstützung genügt hat, die ja auch erst angeufen wurde, nachdem der wilde Streik proklamiert war, hat er ja selber geluldet. Das ist der Erfolg aller derart unsinnigen Aktionen, daß ein Teil der Arbeiter nach arbeitslosen Streiktagen auf die Straße gesetzt wird.

Die Gewerkschaftsmitglieder fahren schon besser, wenn sie ihre Interessenvertretung ihrer Gewerkschaft übertragen, anstatt diesen oder jenen Großpfehler, die nichts davon verstehen und dann obendrein noch für ihre Dummheit und Leichtfertigkeit die Gewerkschaftsvertreter verantwortlich zu machen suchen und auf die Gewerkschaften schimpfen, die dann ausbaden sollen, was sie selbst angefangen haben.

Arbeitsgerichtsgefetz.

Der Reichsarbeitsminister teilt mit: „Der Entwurf eines Arbeitsgerichtsgefetzes ist nach Zustimmung der Reichsregierung nunmehr dem Vorläufigen Reichswirtschaftsrat und dem Reichsrat zur Begutachtung zugeleitet worden; er ist im Reichsarbeitsblatt Nr. 12, Seite 885 veröffentlicht. In der umstrittenen Frage der Organisation der Arbeitsgerichte einer Instanz nimmt der Entwurf einen vermittelnden Standpunkt ein; die Arbeitsgerichte sollen zwar grundsätzlich als selbständige Gerichte, jedoch im Zusammenwirken der Landesjustiz- und Sozialbehörden errichtet werden. Als Vorsitzende der Arbeitsgerichte sind in der Regel ordentliche Richter ins Auge gefaßt, es können aber auch sonstige zum Richteramt befähigte Personen bestellt werden. Hiermit wird einerseits dem Wunsch der beteiligten Kreise nach Beibehaltung der Sondergerichtsbarkeit Rechnung getragen und andererseits der notwendige Zusammenhang mit der ordentlichen Gerichtsbarkeit gewahrt.“

Streik in einer Aukenhändlungsstelle?

Der Zentralverband der Angestellten teilt uns mit, daß in der Aukenhändlungsstelle für die Holzverarbeitende Industrie eine Arbeitsniederlegung fast unvermeidbar ist, da die Angestellten, die zu 95 Proz. organisiert sind, fast einstimmig den Streik bezw. sofern der Verband eine passive Resistenz für richtig erachtet, diese beschloßen haben.

Zu dieser Maßnahme sah sich die Angestelltenchaft deshalb gezwungen, weil die Leitung der Aukenhändlungsstelle bei den Gehaltsverhandlungen für Juni jegliches soziales Verständnis vermissen ließ und den Angestellten zumutete, zunächst mit 100 Proz. Aufbesserung einverstanden zu sein und auf die Steigerung des Lebensmittelindezes zu warten. Die Angestellten hatten bereits 90 Proz. ihres Moneinommens im Laufe des Monats im Vorkaufwege erhalten und sollten nach einem zweiten Vorkauf der Leitung mit 180 Proz. endgültig abgefunden werden. Das hätte bedeutet, daß ein Kontoforrentbuchhalter 1 881 000 M. erhalten würde, nämlich nur genau soviel, als nach dem Gebot der Arbeitgeber ein Holzarbeiter für Juni erhalten sollte, was aber vom Holzarbeiterverband als zu niedrig abgelehnt worden ist und für dessen Erhöhung sich die Holzarbeiter bereits im Streik befinden. Auch die Gewährung eines Kohlenvorschußes, wie ihn das Reich seinen sämtlichen Beamten, Angestellten und Arbeitern gewährt, ist natürlich hier abgelehnt worden, obwohl die Einnahmen der Aukenhändlungsstelle aus den Gebühren sehr beträchtlich sind und unseres Wissens kaum zu einem Drittel von dem Angestellten-Gehalt in Anspruch genommen werden.

Der Herr Reichskommissar für Aus- und Einfuhrbedingungen bzw. der Aukenhändlungsaußschuß der Aukenhändlungsstelle werden allein in der Lage sein, durch eine Intervention die Arbeitsniederlegung zu verhindern, sofern nicht in der letzten Stunde die Leitung ihre vollkommen unverständliche und unnachgiebige Haltung aufgeben sollte.

Die Betriebsräte aller Aukenhändlungsstellen werden in einer Sonderzusammenkunft Mittel und Wege finden, um das eventuelle Einsetzen von Streikbrechern zu verhindern.

Fachgruppe der Töpfer.

In der Sitzung mit den Unternehmern am 27. Juni zwecks weiterer Regelung der Löhne im Ofenzeuggewerbe ab 1. Juli lehnten die Unternehmer es ab, in Verhandlungen zu treten, da sie erst das nächste Lohnabkommen im Baugewerbe abwarten wollen.

Die Einwendungen der Arbeitnehmer, das auf Grund der letzten Vereinbarung, falls weitere wesentliche Preissteigerungen eintreten, die zurzeit geltenden Löhne revidiert werden müssen, ließen die Unternehmer nicht gelten, trotzdem nachgewiesen wurde, daß bei den zum täglichen Gebrauch notwendigen Lebensmitteln ab 17. Juni eine Preissteigerung bis zu 50 Proz. und darüber eingetreten ist. Auf Vorschlag der Unternehmer sollen am 5. Juli Lohnverhandlungen stattfinden.

Ein weiterer Streitpunkt war die Bezahlung bei Afordarbeiten, wenn Erhöhungen der Stundenlöhne eintreten. Die Unternehmer wollten angefangene Stücke bis zu deren Fertigstellung nach den alten Lohnsätzen bezahlen. Dagegen protestierten die Gesellenvertreter ganz entschieden mit dem Hinweis, daß das Abkommen aus der Vorkriegszeit total überholt ist.

Es wurde dann folgendes vereinbart: Bei eintretenden Lohnveränderungen im Ofenzeuggewerbe werden in Afordarbeiten schadhafte Stücke folgendermaßen berechnet: Jede angefangene Schicht wird nach den alten Afordlöhnen, die weitere Arbeit nach der neuen Vereinbarung berechnet. Diese Vereinbarung tritt ab 17. Juni in Kraft. In der heutigen Mitgliederversammlung im Rosenthaler Hof wird ein ausführlicher Bericht gegeben werden.

„Der Konflikt in der Metallindustrie.“

Der Bericht im gestrigen Morgenblatt enthält einen sinnentstellenden Fehler. Den Lohnsätzen für männliche Arbeiter folgt der Satz: „Der feste Stundenlohn über 18 Jahre beträgt...“ Dieser Satz muß lauten:

„Der feste Stundenlohn für Afordarbeiter über 18 Jahre beträgt: M. 1 2500 M.“ usw.

Achtung, Steinarbeiter! Bei den letzten Lohnverhandlungen wurden von den Unternehmern für die Zeit vom 25. bis 30. Juni folgende Löhne aufgestellt: Werksteingruppe: Steinmeße 9000 M., Hilfsarbeiter 7000 und 8000 M.; Graubmalgruppe: Steinmeße 8900 M., Hilfsarbeiter 6700 und 7700 M.; Warmorggruppe: Steinmeße 8800 M., Schleifer, Fräser usw. 8205 M.; Anfänger: 6910, 7450 und 7985 M.; Frauen: 4610, 5200 und 5895 M.; Hilfsarbeiter 7395 und 8000 M.

Die kommunistische Zerfurchungsarbeit in der Tischgeschloßwarei. Am 3. Juni fand in Lützen eine von 101 Delegierten besuchte Vorstandskonferenz der tischgeschloßwarei Gewerkschaften statt. In dem Tätigkeitsbericht wurde festgestellt, daß an Stelle der neun ausgetretenen Verbände sechs neue eingetreten sind und daß die zerfurchende Tätigkeit der Kommunisten den Indifferentismus fördere. In der Stowakei lehnen die Arbeiter langsam wieder in ihre ursprünglichen gewerkschaftlichen Organisationen zurück. — Die Konferenz betonte die Notwendigkeit der Durchführung der Geleise über die Arbeitslosenunterstützung und sprach sich für die rechtliche Anerkennung der Kollektivverträge, die Gewährung von Urlaub und die Reform der Gewerbegerichte aus.

GDH-Zehnjähriges Jubiläum im AFD-B. Heute, Freitag, 7. Juli, Baumtenner-Sammlung im Zehnjährigenhaus. Dr. Böller vom AFD-B. spricht über „Berufständliche Beamtengehälter“. Die Mitglieder der Zehnjährigenfeier sind hierzu eingeladen.

Arbeiter Sport.

Freie Turnerschaft Neulies. Achtung, Rosenwarte der Kinder- und Jugendabteilungen! Rühige Abrechnung am 2. und 3. Juli beim Gymnastik-Gesetz, Kaiser-Friedrich-Str. 79. Abrechnungsergebnisse ausfallen. Jugendabteilung-An- und Abmeldungen namentlich angeben. Potenzen unbedingt einhalten. Kinderturnwarte: Rühige Sitzung am 4. Juli auf dem Turnplatz. Turnberichte mitbringen. Außerordentliche Vereinsvorstandssitzung Montag, den 2. Juli, in der Geschäftsstube.

Arbeiter-Sportklub Kaulsdorf und Umgebung. Am Sonntag, den 1. Juli, vormittags 10 Uhr, findet in Kaulsdorf, Restaurant zur Baboanhalde, eine öffentliche Werbeversammlung zwecks Gründung eines Arbeiter-Schwimmvereins statt. Tagesordnung: Die Bedeutung des Schwimmsport für die Arbeiterchaft. Referent: Richard Seidow, Neptun-Lichtberg. Alle Interessenten sind herzlich willkommen.

Sportabteilung „Fischer-DF“. Abt. Fußball. Sollen laufend Spiele im Juli Sonnabends auf Gegenseitig oder eigenem Platz. Für 1. Mannschaft am 20. Juni, 14. 21. und 28. Juli; für 2. Mannschaft am 7. 14. 21. und 28. Juli. Zuschriften an Hilfen für 1. und 2. Jugend am 10. Juni, 14. 21. und 28. Juli. Aufstellungen jeden Donnerstag, Berlin D. 17, Grüner Weg 67, v. 3. Fr. Fußballtraining jeden Mittwoch 6 Uhr für Männer, jeden Dienstag 6 Uhr für Jugend in Zehnshöhen. Junge Leute, die gewillt sind, das Fußballspiel unter fachkundiger Schiedsrichter. Sollen laufend Spiele im Juli Sonnabends auf Gegenseitig oder eigenem Platz. Für 1. Mannschaft am 20. Juni, 14. 21. und 28. Juli; für 2. Mannschaft am 7. 14. 21. und 28. Juli. Zuschriften an Hilfen für 1. und 2. Jugend am 10. Juni, 14. 21. und 28. Juli. Aufstellungen jeden Donnerstag, Berlin D. 17, Grüner Weg 67, v. 3. Fr. Fußballtraining jeden Mittwoch 6 Uhr für Männer, jeden Dienstag 6 Uhr für Jugend in Zehnshöhen. Junge Leute, die gewillt sind, das Fußballspiel unter fachkundiger Schiedsrichter. Sollen laufend Spiele im Juli Sonnabends auf Gegenseitig oder eigenem Platz. Für 1. Mannschaft am 20. Juni, 14. 21. und 28. Juli; für 2. Mannschaft am 7. 14. 21. und 28. Juli. Zuschriften an Hilfen für 1. und 2. Jugend am 10. Juni, 14. 21. und 28. Juli. Aufstellungen jeden Donnerstag, Berlin D. 17, Grüner Weg 67, v. 3. Fr. Fußballtraining jeden Mittwoch 6 Uhr für Männer, jeden Dienstag 6 Uhr für Jugend in Zehnshöhen. Junge Leute, die gewillt sind, das Fußballspiel unter fachkundiger Schiedsrichter. Sollen laufend Spiele im Juli Sonnabends auf Gegenseitig oder eigenem Platz. Für 1. Mannschaft am 20. Juni, 14. 21. und 28. Juli; für 2. Mannschaft am 7. 14. 21. und 28. Juli. Zuschriften an Hilfen für 1. und 2. Jugend am 10. Juni, 14. 21. und 28. Juli. Aufstellungen jeden Donnerstag, Berlin D. 17, Grüner Weg 67, v. 3. Fr. Fußballtraining jeden Mittwoch 6 Uhr für Männer, jeden Dienstag 6 Uhr für Jugend in Zehnshöhen. Junge Leute, die gewillt sind, das Fußballspiel unter fachkundiger Schiedsrichter. Sollen laufend Spiele im Juli Sonnabends auf Gegenseitig oder eigenem Platz. Für 1. Mannschaft am 20. Juni, 14. 21. und 28. Juli; für 2. Mannschaft am 7. 14. 21. und 28. Juli. Zuschriften an Hilfen für 1. und 2. Jugend am 10. Juni, 14. 21. und 28. Juli. Aufstellungen jeden Donnerstag, Berlin D. 17, Grüner Weg 67, v. 3. Fr. Fußballtraining jeden Mittwoch 6 Uhr für Männer, jeden Dienstag 6 Uhr für Jugend in Zehnshöhen. Junge Leute, die gewillt sind, das Fußballspiel unter fachkundiger Schiedsrichter. Sollen laufend Spiele im Juli Sonnabends auf Gegenseitig oder eigenem Platz. Für 1. Mannschaft am 20. Juni, 14. 21. und 28. Juli; für 2. Mannschaft am 7. 14. 21. und 28. Juli. Zuschriften an Hilfen für 1. und 2. Jugend am 10. Juni, 14. 21. und 28. Juli. Aufstellungen jeden Donnerstag, Berlin D. 17, Grüner Weg 67, v. 3. Fr. Fußballtraining jeden Mittwoch 6 Uhr für Männer, jeden Dienstag 6 Uhr für Jugend in Zehnshöhen. Junge Leute, die gewillt sind, das Fußballspiel unter fachkundiger Schiedsrichter. Sollen laufend Spiele im Juli Sonnabends auf Gegenseitig oder eigenem Platz. Für 1. Mannschaft am 20. Juni, 14. 21. und 28. Juli; für 2. Mannschaft am 7. 14. 21. und 28. Juli. Zuschriften an Hilfen für 1. und 2. Jugend am 10. Juni, 14. 21. und 28. Juli. Aufstellungen jeden Donnerstag, Berlin D. 17, Grüner Weg 67, v. 3. Fr. Fußballtraining jeden Mittwoch 6 Uhr für Männer, jeden Dienstag 6 Uhr für Jugend in Zehnshöhen. Junge Leute, die gewillt sind, das Fußballspiel unter fachkundiger Schiedsrichter. Sollen laufend Spiele im Juli Sonnabends auf Gegenseitig oder eigenem Platz. Für 1. Mannschaft am 20. Juni, 14. 21. und 28. Juli; für 2. Mannschaft am 7. 14. 21. und 28. Juli. Zuschriften an Hilfen für 1. und 2. Jugend am 10. Juni, 14. 21. und 28. Juli. Aufstellungen jeden Donnerstag, Berlin D. 17, Grüner Weg 67, v. 3. Fr. Fußballtraining jeden Mittwoch 6 Uhr für Männer, jeden Dienstag 6 Uhr für Jugend in Zehnshöhen. Junge Leute, die gewillt sind, das Fußballspiel unter fachkundiger Schiedsrichter. Sollen laufend Spiele im Juli Sonnabends auf Gegenseitig oder eigenem Platz. Für 1. Mannschaft am 20. Juni, 14. 21. und 28. Juli; für 2. Mannschaft am 7. 14. 21. und 28. Juli. Zuschriften an Hilfen für 1. und 2. Jugend am 10. Juni, 14. 21. und 28. Juli. Aufstellungen jeden Donnerstag, Berlin D. 17, Grüner Weg 67, v. 3. Fr. Fußballtraining jeden Mittwoch 6 Uhr für Männer, jeden Dienstag 6 Uhr für Jugend in Zehnshöhen. Junge Leute, die gewillt sind, das Fußballspiel unter fachkundiger Schiedsrichter. Sollen laufend Spiele im Juli Sonnabends auf Gegenseitig oder eigenem Platz. Für 1. Mannschaft am 20. Juni, 14. 21. und 28. Juli; für 2. Mannschaft am 7. 14. 21. und 28. Juli. Zuschriften an Hilfen für 1. und 2. Jugend am 10. Juni, 14. 21. und 28. Juli. Aufstellungen jeden Donnerstag, Berlin D. 17, Grüner Weg 67, v. 3. Fr. Fußballtraining jeden Mittwoch 6 Uhr für Männer, jeden Dienstag 6 Uhr für Jugend in Zehnshöhen. Junge Leute, die gewillt sind, das Fußballspiel unter fachkundiger Schiedsrichter. Sollen laufend Spiele im Juli Sonnabends auf Gegenseitig oder eigenem Platz. Für 1. Mannschaft am 20. Juni, 14. 21. und 28. Juli; für 2. Mannschaft am 7. 14. 21. und 28. Juli. Zuschriften an Hilfen für 1. und 2. Jugend am 10. Juni, 14. 21. und 28. Juli. Aufstellungen jeden Donnerstag, Berlin D. 17, Grüner Weg 67, v. 3. Fr. Fußballtraining jeden Mittwoch 6 Uhr für Männer, jeden Dienstag 6 Uhr für Jugend in Zehnshöhen. Junge Leute, die gewillt sind, das Fußballspiel unter fachkundiger Schiedsrichter. Sollen laufend Spiele im Juli Sonnabends auf Gegenseitig oder eigenem Platz. Für 1. Mannschaft am 20. Juni, 14. 21. und 28. Juli; für 2. Mannschaft am 7. 14. 21. und 28. Juli. Zuschriften an Hilfen für 1. und 2. Jugend am 10. Juni, 14. 21. und 28. Juli. Aufstellungen jeden Donnerstag, Berlin D. 17, Grüner Weg 67, v. 3. Fr. Fußballtraining jeden Mittwoch 6 Uhr für Männer, jeden Dienstag 6 Uhr für Jugend in Zehnshöhen. Junge Leute, die gewillt sind, das Fußballspiel unter fachkundiger Schiedsrichter. Sollen laufend Spiele im Juli Sonnabends auf Gegenseitig oder eigenem Platz. Für 1. Mannschaft am 20. Juni, 14. 21. und 28. Juli; für 2. Mannschaft am 7. 14. 21. und 28. Juli. Zuschriften an Hilfen für 1. und 2. Jugend am 10. Juni, 14. 21. und 28. Juli. Aufstellungen jeden Donnerstag, Berlin D. 17, Grüner Weg 67, v. 3. Fr. Fußballtraining jeden Mittwoch 6 Uhr für Männer, jeden Dienstag 6 Uhr für Jugend in Zehnshöhen. Junge Leute, die gewillt sind, das Fußballspiel unter fachkundiger Schiedsrichter. Sollen laufend Spiele im Juli Sonnabends auf Gegenseitig oder eigenem Platz. Für 1. Mannschaft am 20. Juni, 14. 21. und 28. Juli; für 2. Mannschaft am 7. 14. 21. und 28. Juli. Zuschriften an Hilfen für 1. und 2. Jugend am 10. Juni, 14. 21. und 28. Juli. Aufstellungen jeden Donnerstag, Berlin D. 17, Grüner Weg 67, v. 3. Fr. Fußballtraining jeden Mittwoch 6 Uhr für Männer, jeden Dienstag 6 Uhr für Jugend in Zehnshöhen. Junge Leute, die gewillt sind, das Fußballspiel unter fachkundiger Schiedsrichter. Sollen laufend Spiele im Juli Sonnabends auf Gegenseitig oder eigenem Platz. Für 1. Mannschaft am 20. Juni, 14. 21. und 28. Juli; für 2. Mannschaft am 7. 14. 21. und 28. Juli. Zuschriften an Hilfen für 1. und 2. Jugend am 10. Juni, 14. 21. und 28. Juli. Aufstellungen jeden Donnerstag, Berlin D. 17, Grüner Weg 67, v. 3. Fr. Fußballtraining jeden Mittwoch 6 Uhr für Männer, jeden Dienstag 6 Uhr für Jugend in Zehnshöhen. Junge Leute, die gewillt sind, das Fußballspiel unter fachkundiger Schiedsrichter. Sollen laufend Spiele im Juli Sonnabends auf Gegenseitig oder eigenem Platz. Für 1. Mannschaft am 20. Juni, 14. 21. und 28. Juli; für 2. Mannschaft am 7. 14. 21. und 28. Juli. Zuschriften an Hilfen für 1. und 2. Jugend am 10. Juni, 14. 21. und 28. Juli. Aufstellungen jeden Donnerstag, Berlin D. 17, Grüner Weg 67, v. 3. Fr. Fußballtraining jeden Mittwoch 6 Uhr für Männer, jeden Dienstag 6 Uhr für Jugend in Zehnshöhen. Junge Leute, die gewillt sind, das Fußballspiel unter fachkundiger Schiedsrichter. Sollen laufend Spiele im Juli Sonnabends auf Gegenseitig oder eigenem Platz. Für 1. Mannschaft am 20. Juni, 14. 21. und 28. Juli; für 2. Mannschaft am 7. 14. 21. und 28. Juli. Zuschriften an Hilfen für 1. und 2. Jugend am 10. Juni, 14. 21. und 28. Juli. Aufstellungen jeden Donnerstag, Berlin D. 17, Grüner Weg 67, v. 3. Fr. Fußballtraining jeden Mittwoch 6 Uhr für Männer, jeden Dienstag 6 Uhr für Jugend in Zehnshöhen. Junge Leute, die gewillt sind, das Fußballspiel unter fachkundiger Schiedsrichter. Sollen laufend Spiele im Juli Sonnabends auf Gegenseitig oder eigenem Platz. Für 1. Mannschaft am 20. Juni, 14. 21. und 28. Juli; für 2. Mannschaft am 7. 14. 21. und 28. Juli. Zuschriften an Hilfen für 1. und 2. Jugend am 10. Juni, 14. 21. und 28. Juli. Aufstellungen jeden Donnerstag, Berlin D. 17, Grüner Weg 67, v. 3. Fr. Fußballtraining jeden Mittwoch 6 Uhr für Männer, jeden Dienstag 6 Uhr für Jugend in Zehnshöhen. Junge Leute, die gewillt sind, das Fußballspiel unter fachkundiger Schiedsrichter. Sollen laufend Spiele im Juli Sonnabends auf Gegenseitig oder eigenem Platz. Für 1. Mannschaft am 20. Juni, 14. 21. und 28. Juli; für 2. Mannschaft am 7. 14. 21. und 28. Juli. Zuschriften an Hilfen für 1. und 2. Jugend am 10. Juni, 14. 21. und 28. Juli. Aufstellungen jeden Donnerstag, Berlin D. 17, Grüner Weg 67, v. 3. Fr. Fußballtraining jeden Mittwoch 6 Uhr für Männer, jeden Dienstag 6 Uhr für Jugend in Zehnshöhen. Junge Leute, die gewillt sind, das Fußballspiel unter fachkundiger Schiedsrichter. Sollen laufend Spiele im Juli Sonnabends auf Gegenseitig oder eigenem Platz. Für 1. Mannschaft am 20. Juni, 14. 21. und 28. Juli; für 2. Mannschaft am 7. 14. 21. und 28. Juli. Zuschriften an Hilfen für 1. und 2. Jugend am 10. Juni, 14. 21. und 28. Juli. Aufstellungen jeden Donnerstag, Berlin D. 17, Grüner Weg 67, v. 3. Fr. Fußballtraining jeden Mittwoch 6 Uhr für Männer, jeden Dienstag 6 Uhr für Jugend in Zehnshöhen. Junge Leute, die gewillt sind, das Fußballspiel unter fachkundiger Schiedsrichter. Sollen laufend Spiele im Juli Sonnabends auf Gegenseitig oder eigenem Platz. Für 1. Mannschaft am 20. Juni, 14. 21. und 28. Juli; für 2. Mannschaft am 7. 14. 21. und 28. Juli. Zuschriften an Hilfen für 1. und 2. Jugend am 10. Juni, 14. 21. und 28. Juli. Aufstellungen jeden Donnerstag, Berlin D. 17, Grüner Weg 67, v. 3. Fr. Fußballtraining jeden Mittwoch 6 Uhr für Männer, jeden Dienstag 6 Uhr für Jugend in Zehnshöhen. Junge Leute, die gewillt sind, das Fußballspiel unter fachkundiger Schiedsrichter. Sollen laufend Spiele im Juli Sonnabends auf Gegenseitig oder eigenem Platz. Für 1. Mannschaft am 20. Juni, 14. 21. und 28. Juli; für 2. Mannschaft am 7. 14. 21. und 28. Juli. Zuschriften an Hilfen für 1. und 2. Jugend am 10. Juni, 14. 21. und 28. Juli. Aufstellungen jeden Donnerstag, Berlin D. 17, Grüner Weg 67, v. 3. Fr. Fußballtraining jeden Mittwoch 6 Uhr für Männer, jeden Dienstag 6 Uhr für Jugend in Zehnshöhen. Junge Leute, die gewillt sind, das Fußballspiel unter fachkundiger Schiedsrichter. Sollen laufend Spiele im Juli Sonnabends auf Gegenseitig oder eigenem Platz. Für 1. Mannschaft am 20. Juni, 14. 21. und 28. Juli; für 2. Mannschaft am 7. 14. 21. und 28. Juli. Zuschriften an Hilfen für 1. und 2. Jugend am 10. Juni, 14. 21. und 28. Juli. Aufstellungen jeden Donnerstag, Berlin D. 17, Grüner Weg 67, v. 3. Fr. Fußballtraining jeden Mittwoch 6 Uhr für Männer, jeden Dienstag 6 Uhr für Jugend in Zehnshöhen. Junge Leute, die gewillt sind, das Fußballspiel unter fachkundiger Schiedsrichter. Sollen laufend Spiele im Juli Sonnabends auf Gegenseitig oder eigenem Platz. Für 1. Mannschaft am 20. Juni, 14. 21. und 28. Juli; für 2. Mannschaft am 7. 14. 21. und 28. Juli. Zuschriften an Hilfen für 1. und 2. Jugend am 10. Juni, 14. 21. und 28. Juli. Aufstellungen jeden Donnerstag, Berlin D. 17, Grüner Weg 67, v. 3. Fr. Fußballtraining jeden Mittwoch 6 Uhr für Männer, jeden Dienstag 6 Uhr für Jugend in Zehnshöhen. Junge Leute, die gewillt sind, das Fußballspiel unter fachkundiger Schiedsrichter. Sollen laufend Spiele im Juli Sonnabends auf Gegenseitig oder eigenem Platz. Für 1. Mannschaft am 20. Juni, 14. 21. und 28. Juli; für 2. Mannschaft am 7. 14. 21. und 28. Juli. Zuschriften an Hilfen für 1. und 2. Jugend am 10. Juni, 14. 21. und 28. Juli. Aufstellungen jeden Donnerstag, Berlin D. 17, Grüner Weg 67, v. 3. Fr. Fußballtraining jeden Mittwoch 6 Uhr für Männer, jeden Dienstag 6 Uhr für Jugend in Zehnshöhen. Junge Leute, die gewillt sind, das Fußballspiel unter fachkundiger Schiedsrichter. Sollen laufend Spiele im Juli Sonnabends auf Gegenseitig oder eigenem Platz. Für 1. Mannschaft am 20. Juni, 14. 21. und 28. Juli; für 2. Mannschaft am 7. 14. 21. und 28. Juli. Zuschriften an Hilfen für 1. und 2. Jugend am 10. Juni, 14. 21. und 28. Juli. Aufstellungen jeden Donnerstag, Berlin D. 17, Grüner Weg 67, v. 3. Fr. Fußballtraining jeden Mittwoch 6 Uhr für Männer, jeden Dienstag 6 Uhr für Jugend in Zehnshöhen. Junge Leute, die gewillt sind, das Fußballspiel unter fachkundiger Schiedsrichter. Sollen laufend Spiele im Juli Sonnabends auf Gegenseitig oder eigenem Platz. Für 1. Mannschaft am 20. Juni, 14. 21. und 28. Juli; für 2. Mannschaft am 7. 14. 21. und 28. Juli. Zuschriften an Hilfen für 1. und 2. Jugend am 10. Juni, 14. 21. und 28. Juli. Aufstellungen jeden Donnerstag, Berlin D. 17, Grüner Weg 67, v. 3. Fr. Fußballtraining jeden Mittwoch 6 Uhr für Männer, jeden Dienstag 6 Uhr für Jugend in Zehnshöhen. Junge Leute, die gewillt sind, das Fußballspiel unter fachkundiger Schiedsrichter. Sollen laufend Spiele im Juli Sonnabends auf Gegenseitig oder eigenem Platz. Für 1. Mannschaft am 20. Juni, 14. 21. und 28. Juli; für 2. Mannschaft am 7. 14. 21. und 28. Juli. Zuschriften an Hilfen für 1. und 2. Jugend am 10. Juni, 14. 21. und 28. Juli. Aufstellungen jeden Donnerstag, Berlin D. 17, Grüner Weg 67, v. 3. Fr. Fußballtraining jeden Mittwoch 6 Uhr für Männer, jeden Dienstag 6 Uhr für Jugend in Zehnshöhen. Junge Leute, die gewillt sind, das Fußballspiel unter fachkundiger Schiedsrichter. Sollen laufend Spiele im Juli Sonnabends auf Gegenseitig oder eigenem Platz. Für 1. Mannschaft am 20. Juni, 14. 21. und 28. Juli; für 2. Mannschaft am 7. 14. 21. und 28. Juli. Zuschriften an Hilfen für 1. und 2. Jugend am 10. Juni, 14. 21. und 28. Juli. Aufstellungen jeden Donnerstag, Berlin D. 17, Grüner Weg 67, v. 3. Fr. Fußballtraining jeden Mittwoch 6 Uhr für Männer, jeden Dienstag 6 Uhr für Jugend in Zehnshöhen. Junge Leute, die gewillt sind, das Fußballspiel unter fachkundiger Schiedsrichter. Sollen laufend Spiele im Juli Sonnabends auf Gegenseitig oder eigenem Platz. Für 1. Mannschaft am 20. Juni, 14. 21. und 28. Juli; für 2. Mannschaft am 7. 14. 21. und 28. Juli. Zuschriften an Hilfen für 1. und 2. Jugend am 10. Juni, 14. 21. und 28. Juli. Aufstellungen jeden Donnerstag, Berlin D. 17, Grüner Weg 67, v. 3. Fr. Fußballtraining jeden Mittwoch 6 Uhr für Männer, jeden Dienstag 6 Uhr für Jugend in Zehnshöhen. Junge Leute, die gewillt sind, das Fußballspiel unter fachkundiger Schiedsrichter. Sollen laufend Spiele im Juli Sonnabends auf Gegenseitig oder eigenem Platz. Für 1. Mannschaft am 20. Juni, 14. 21. und 28. Juli; für 2. Mannschaft am 7. 14. 21. und 28. Juli. Zuschriften an Hilfen für 1. und 2. Jugend am 10. Juni, 14. 21. und 28. Juli. Aufstellungen jeden Donnerstag, Berlin D. 17, Grüner Weg 67, v. 3. Fr. Fußballtraining jeden Mittwoch 6 Uhr für Männer, jeden Dienstag 6 Uhr für Jugend in Zehnshöhen. Junge Leute, die gewillt sind, das Fußballspiel unter fachkundiger Schiedsrichter. Sollen laufend Spiele im Juli Sonnabends auf Gegenseitig oder eigenem Platz. Für 1. Mannschaft am 20. Juni, 14. 21. und 28. Juli; für 2. Mannschaft am 7. 14. 21. und 28. Juli. Zuschriften an Hilfen für 1. und 2. Jugend am 10. Juni, 14. 21. und 28. Juli. Aufstellungen jeden Donnerstag, Berlin D. 17, Grüner Weg 67, v. 3. Fr. Fußballtraining jeden Mittwoch 6 Uhr für Männer, jeden Dienstag 6 Uhr für Jugend in Zehnshöhen. Junge Leute, die gewillt sind, das Fußballspiel unter fachkundiger Schiedsrichter. Sollen laufend Spiele im Juli Sonnabends auf Gegenseitig oder eigenem Platz. Für 1. Mannschaft am 20. Juni, 14. 21. und 28. Juli; für 2. Mannschaft am 7. 14. 21. und 28. Juli. Zuschriften an Hilfen für 1. und 2. Jugend am 10. Juni, 14. 21. und 28. Juli. Aufstellungen jeden Donnerstag, Berlin D. 17, Grüner Weg 67, v. 3. Fr. Fußballtraining jeden Mittwoch 6 Uhr für Männer, jeden Dienstag 6 Uhr für Jugend in Zehnshöhen. Junge Leute, die gewillt sind, das Fußballspiel unter fachkundiger Schiedsrichter. Sollen laufend Spiele im Juli Sonnabends auf Gegenseitig oder eigenem Platz. Für 1. Mannschaft am 20. Juni, 14. 21. und 28. Juli; für 2. Mannschaft am 7. 14. 21. und 28. Juli. Zuschriften an Hilfen für 1. und 2. Jugend am 10. Juni, 14. 21. und 28. Juli. Aufstellungen jeden Donnerstag, Berlin D. 17, Grüner Weg 67, v. 3. Fr. Fußballtraining jeden Mittwoch 6 Uhr für Männer, jeden Dienstag 6 Uhr für Jugend in Zehnshöhen. Junge Leute, die gewillt sind, das Fußballspiel unter fachkundiger Schiedsrichter. Sollen laufend Spiele im Juli Sonnabends auf Gegenseitig oder eigenem Platz. Für 1. Mannschaft am 20. Juni, 14. 21. und 28. Juli; für 2. Mannschaft am 7. 14. 21. und 28. Juli. Zuschriften an Hilfen für 1. und 2. Jugend am 10. Juni, 14. 21. und 28. Juli. Aufstellungen jeden Donnerstag, Berlin D. 17, Grüner Weg 67, v. 3. Fr. Fußballtraining jeden Mittwoch 6 Uhr für Männer, jeden Dienstag 6 Uhr für Jugend in Zehnshöhen. Junge Leute, die gewillt sind, das Fußballspiel unter fachkundiger Schiedsrichter. Sollen laufend Spiele im Juli Sonnabends auf Gegenseitig oder eigenem Platz. Für 1. Mannschaft am 20. Juni, 14. 21. und 28. Juli; für 2. Mannschaft am 7. 14. 21. und 28. Juli. Zuschriften an Hilfen für 1. und 2. Jugend am 10. Juni, 14. 21. und 28. Juli. Aufstellungen jeden Donnerstag, Berlin D. 17, Grüner Weg 67, v. 3. Fr. Fußballtraining jeden Mittwoch 6 Uhr für Männer, jeden Dienstag 6 Uhr für Jugend in Zehnshöhen. Junge Leute, die gewillt sind, das Fußballspiel unter fachkundiger Schiedsrichter. Sollen laufend Spiele im Juli Sonnabends auf Gegenseitig oder eigenem Platz. Für 1. Mannschaft am 20. Juni, 14. 21. und 28. Juli; für 2. Mannschaft am 7. 14. 21. und 28. Juli. Zuschriften an Hilfen für 1. und 2. Jugend am 10. Juni, 14. 21. und 28

Etatberatung im Rathaus.

Die Geldentwertungsklausel für die Gemeindesteuern.

In der Stadtverordnetenversammlung wurde gestern die Beratung des Haushaltsplanes fortgesetzt, aber noch nicht beendet. Längere Erörterungen gab es zunächst nur bei den Kapiteln „Werke“ und „Schulwesen“. Erst gegen 10 Uhr kam es zu lebhaften Auseinandersetzungen über die Steuerfrage. Die sozialdemokratische Fraktion, für die Genosse Lohmann unter scharfen Wendungen gegen die Rechte sprach, forderte die Geldentwertungsklausel als unerlässlich zur Sicherung der Wertbeständigkeit der Steuern. Hestig eiferten die Deutschnationalen. Der Redner der Deutschnationalen erklärte, daß sie bei Annahme der Geldentwertungsklausel den ganzen Etat ablehnen würden. Genosse Heimann geißelte diese Haltung der Bürgerlichen. Bei einer Abstimmung gelang es ihnen, Beschlußunfähigkeit herbeizuführen, so daß die Sitzung ausfiel.

Gestern wurde von 5 Uhr ab die

Beratung des Stadthaushalts für 1923

fortgesetzt. Die Diskussion begann bei dem Haushalt der städtischen Werke mit kaufmännischer Buchführung (Gas-, Elektrizität, Wasserwerke; Güter, Fuhrpark, Konsumationswerte usw.). Michaelis (Dem.) glaubte, aus dem Umstand, daß die bisherigen Administratoren der städtischen Güter selbst als Pächter aufgetreten sind und trotz hoher Pachtquoten ein gutes Geschäft zu machen hoffen, die Notwendigkeit der Ueberführung des gesamten Bestandes an städtischen Werken in Privatwirtschaft ableiten zu müssen, da sonst die Berliner Finanzwirtschaft unrettbar dem Chaos verfallt.

Gronwaldt (Wirtsch. P.): Es muß eine modernere Wirtschaftsform, vor allem auch für die Gaswerke, gefunden werden, die eine bessere Rentabilität garantiert und auch ein Herabgehen mit den Tarifen gestattet. Noch ist diese Form nicht gefunden, aber ein Anfang ist da; nun sollte dem ersten Schritt alsbald der zweite folgen.

Schumacher (Komm.): Entkommunalisiert man die städtischen Werke, so wird sich bei ihnen genau das gleiche Schauspiel wiederholen, wie wir es auf dem Kapitalmarkt, an den Börsen, bei Kohle und Eisen Tag für Tag beobachten können. Die beteiligte organisierte Arbeiterchaft hat sich unbedingt für die Aufrechterhaltung des städtischen Eigentums an den Werken ausgesprochen. Daß der Gaspreis solche enorme Höhe erreicht hat, daran ist nur die verkehrte Politik der Verwaltung schuld. Notwendig sind nicht nur organisatorische Neuordnungen, um die bisherige Schwerefälligkeit des Betriebes zu beseitigen, sondern auch Personalreformen. Die städtischen Werke dürfen nicht Versorgungsanstalten für ältere Beamte sein. Die Betriebsräte müssen wieder in die Deputationen hinein.

Stadtrat Benedek verwahrte sich gegen Angriffe, die vor acht Tagen von den Kommunisten gegen ihn gerichtet wurden und auch in der „Reien Fahne“ wiederholt worden sind. Er sei für die in der Zentrale Buch erfolgte Anstellung eines Ingenieurs, womit die Angreifer ihre Behauptung von seiner „verleuernden Personalpolitik“ beweisen wollten nicht verantwortlich; die Stelle sei schon lange vorher ausgeschrieben worden, und erst viel später sei er zu dem Betreffenden in ein verwandtschaftliches Verhältnis getreten. (Lachen und Heiterkeit bei den Komm.)

Schumacher: Es ist zuzugeben im Ausschusse, daß die Etats der Gas- und Stromwerke verschleiert, daß keine Reserven vorhanden sind.

Die Versammlung stellte die vorgeschlagenen Haushalte nach den Ausschussvorschlügen fest, ebenso diejenigen für Viehhof, Schlachthof, Fleischbeschau und Markthallen.

Häfen, Straßenbahn, Untergrundbahn, Industriebahnen, Koffenfelder

referierte Michaelis (Dem.). Vom Ausschusse war beantragt, den Magistrat zu ersuchen, dafür zu sorgen, daß bis zur endgültigen Feststellung des Stellenplanes keine Tarifkräfte irgendwelcher Art eingestellt werden, sowie von der Verkehrsdeputation eine Nachprüfung bezüglich der vorhandenen Tarifkräfte wegen evtl. Entlassung derselben vornehmen zu lassen. Diese Anträge wurden angenommen, die Haushalte festgelegt.

Ohne jede Debatte passierten die Kapitel „Gemeindebetriebe, soweit sie nicht zentral verwaltet werden“, „Grundbesitz“ und „Berechtigungen“.

Mit dem Unterrichtshaushalt wurde verbunden der vom Genossen Dr. Wegl erstattete Bericht über „Planwirtschaft bei den höheren Lehranstalten von Alt-Berlin“. Die bezüglichen Ausschussbeschlüsse haben wir seiner Zeit mitgeteilt. Im Ausschuss ist auch die Wiederbeseitigung der „Häufstbegabenschulen“ angedacht worden. Daß sie ihren Zweck zurzeit nicht erfüllen, darüber war sich der Ausschuss einig; er schlägt vor, den Magistrat zu eruchen, die Verfassung dieser Schulen dem Schulausschuss zu erneuter Prüfung zu überweisen.

In der Aussprache über das gesamte

städtische Unterrichtsweisen

ging Goh (Komm.) auf die bedauerliche Tatsache ein, daß sich jetzt auch in den Oberstufen, in den höheren Lehranstalten, eine Entvölkerung analog derjenigen in den Gemeindeschulen vollzieht. Das Zusammenlegen von höheren Lehranstalten wie von Volksschulen habe eine große Anzahl von Lehrkräften brellos gemacht. Wie hohe der Magistrat zu dem Verlangen der Versammlung, die Klassenfrequenz auf 35 herabzusetzen? Auch das Schulwesen gehe einer unabwendbaren Katastrophe entgegen, wenn nicht das deutsche Volk, wenn nicht die breite Masse ihr Geschick in die eigene Hand nehme, um so auch die Volksschulen auf eine kulturell würdige Stufe zu stellen. — Oberstadtschulrat Paulsen machte in Anknüpfung an den Frequenzherabsetzungsbeschluss Mitteilung vom dem jüngsten Magistratsbeschluss, in Zukunft keine Entlassung von Hilfskräften mehr stattfinden zu lassen, natürlich unter der Voraussetzung, daß auch Reueinstellungen nicht stattfinden; der Magistrat bringe bewußt dieses große Opfer.

Zu lebhaftem Disput führte der Versuch der Rechten, die Erziehung der beiden seit langem vom Magistrat geforderten

Magistratschulratsstellen

für Richtenberg zu hinterziehen, während die für Charlottenburg verlangten beiden analogen Stellen inzwischen — angeblich infolge einer fehlerhaften Information von der Zentrale nach Charlottenburg — so gut wie schon besetzt sind. — Gen. Dr. Lohmann erklärte, nach der Ueberzeugung seiner Fraktion ständen hinter den ins Gesetz geführten juristischen, finanziellen, schulpädagogischen und schulpädagogischen Gründen lediglich parteipolitische Erwägungen, sonst sei es unverständlich, daß eine und dieselbe Partei Charlottenburg bewillige, was sie Richtenberg verweigern wolle. Die Fraktion beantragte deshalb, daß über Richtenberg zuerst abgestimmt werden soll; lägen keinerlei parteipolitische Gründe vor, so könne diese Reihenfolge nicht auf Widerspruch stoßen. — Die Abstimmung hierüber findet erst am Freitag statt. — Das Vorgehen des Bezirksamts Charlottenburg in dieser Frage wurde vom Stadtschulrat Paulsen scharf gerügt.

Zum Kap. „Bewaltungskosten“ begründete Schwenk einen Antrag seiner Fraktion, der die in Folge des sprunghaften Steigens der Devisenkurse und der Zurückhaltung der Waren

drohende Ernährungs-katastrophe

abwehren soll und zu diesem Zweck verlangt, daß der Magistrat alle ihm zur Verfügung stehenden Lebensmittelvorräte zum Einkaufspreis an die arbeitende Bevölkerung unentgeltlich oder erheblich verbilligt an alle Kriegsveteran, Ernährungslosen, Sozialrentner usw. abgibt, alle verfügbaren Mittel sofort zum Großverkauf von Lebensmitteln verwendet bzw. solche Mittel von den zuständigen Regierungsstellen reklamiert; die Verteilung soll den vorhandenen städtischen Einrichtungen und den Konsumentenorganisationen übertragen werden.

Zum Haushalt der Tiefbauverwaltung empfahl der Haushaltsausschuss die Annahme der Vorlagen wegen Fortführung und Vollerhaltung des Baues der Caprivi-Brücke in Charlottenburg. Die Vorlagen wurden angenommen und der Haushalt für den Tiefbau festgelegt.

Steuern

hatte Genosse Dr. Lohmann das Referat. Wir haben die betr. bedeutsamen Beschlüsse des Haushaltsausschusses bereits ausführlich

mitgeteilt. In beiden Besungen hat der Ausschuss an dem Kompromißvorschlag zur Deckung des Defizits und an der Umlageverteilung festgehalten.

Dr. Neumann (D. Sp.) wandte sich gegen die Lohnsummensteuer. Weiter habe Berlin nicht die Aufgabe, im Punkte der Geldentwertungsklausel voranzugehen; eine Frage wie diese müsse von den Zentralbehörden des Reichs entschieden werden. Auch sei es durchaus schematisch, durchweg den Reichssteuerungsindex zugrunde zu legen. Die Gewerbesteuer sei überhaupt keine Besteuerung. Die automatische Anpassung an die Geldentwertung habe zweifellos die Tendenz einer weiteren Warenverteuerung, so daß schließlich der Arbeiter den Schaden zu tragen hätte. Im Falle der Annahme der Klausel würde die Fraktion sich zum Haushalt ablehnend verhalten.

Genosse Dr. Lohmann: Die Berliner Bevölkerung würde es einfach nicht verstehen, wenn die Stadt Berlin nicht mit dieser Klausel vorangehe. Es geht darum,

ob der Steuerbetrag den Sieg davontreiben soll,

ob der Besitz zahlen soll oder nicht.

Nach Dr. Lohmann kam Koch (Dnalk.) mit einem Antrag auf Vertagung. Die Mehrheit wollte aber mit dem Haushalt Schluss machen und lehnte den Antrag ab. — Lange (Z.) stimmte der Klausel wegen automatischer Annullierung der Steuern an die Geldentwertung zu. — Dr. Veidig (D. Sp.) interpellierte unter wachsender Unruhe der Versammlung den Magistrat, wie er dazu komme, einer solchen Demonetisierung der Mark in diesem Augenblicke sein Plakat zu geben. — Der Kammerer bekränzte sich auf die Erwiderung, daß dieser Magistratsentschluss eigentlich schon viel zu spät komme (lebhafter Zustimmung der Mehrheit); der Magistrat befinde sich damit in sehr guter Gesellschaft, denn auch der Stadtrat habe in den letzten Tagen mit sehr großer Mehrheit einen gleichen Beschluss gefasst. Die Frage dränge zur Entscheidung; man solle nicht warten, bis die preussische Gesetzgebung gesprochen habe.

Merten (Dem.) war bereit, die bezügliche Vorlage anzunehmen, wenn sie aus dem Ausschusse zurückkomme, in den sie ja doch gehen müsse, lehnte aber ab, sie mit dem Stadthaushalt zugleich zu verabschieden. Der Lohnsummensteuer, die durch den Ausschuss in ihren Härten abgemildert sei, stimmte er zu. — Fabian (Dnalk.): Große Bedenken haben wir gegen die Steuerverteilung; dennoch nehmen wir, wenn auch nicht leichten Herzens, den Etat an. Wir lehnen ihn aber ab, wenn die Klausel durchgehen sollte. Erst wenn ein preussisches Gesetz derart ergangen ist, wird hier die Zeit dafür gekommen sein.

Unter großem Lärm in der Versammlung führte v. Erner (D. Sp.) aus, daß schon aus Gründen positiver Disziplin die Klausel abzulehnen sei. Leider habe der Steuerdirektor Lange dieses Sprengpulver in die Versammlung geworfen. — Genosse Heimann trat dem Vordredner scharf entgegen. Schon vor acht Tagen habe auch der Reichstag zu der Vorlage wegen Sicherung der Brotversorgung einen entsprechenden Beschluss gefasst.

Um 11 Uhr begann man mit den noch ausstehenden Abstimmungen. Sofort beim ersten Antrag zum Wohlfahrtsamt mußte auf Antrag Koch namentlich abgestimmt werden. Die Deutschnationalen schienen nicht über Lust zu haben, die Versammlung beschlußunfähig zu machen. Jedenfalls waren nur 97 Stimmentzeitel abgegeben worden und damit die Mindestziffer 113 nicht erreicht. Die Sitzung wurde abgebrochen, um am Freitag 4 1/2 Uhr fortgesetzt zu werden.

Die bevorstehende Haftentlassung der Frau Morvilius.

Frau Morvilius, die, wie erinnerlich wegen Bandendiebstahls zu einem Jahre sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden war, mochte fünf Monate auf die Untersuchungshaft angedroht werden, wird auf Antrag von Rechtsanwalt Dr. Stemmer auf Beschluss der 9. Strafkammer des Landgerichts I am 4. Juli aus der Haft entlassen werden. Die Entlassung ist aber mit einigen Einschränkungen verbunden worden. Frau Morvilius hat drei Millionen Mark zu zahlen und erhält eine dreijährige Bewährungsfrist, in der sie sich tadellos führen muß. Freiwillig muß sie sich aber der Schulaufsicht des Jugendamtes unterstellen und Anweisungen der Aufsichtspersonen Folge leisten mit der Androhung des Widerrufs der Vergünstigung. Für die Strafkammer, die den Antrag der Verteidigung beim Eingehen geprüft hat, waren mögliche Milderungsgründe ihres körperlichen und geistigen infantilen Wesens, ihrer offensichtlichen Reue, die sie während der Strafvollstreckung gezeigt hat, so daß die Annahme gerechtfertigt erscheint, daß sie nicht wieder rückfällig werden wird. Das Gericht hat auch erwogen, daß sie ihre bisherigen Taten hauptsächlich unter dem verhängnisvollen Einfluß ihrer Mutter, der Frau Röber, begangen hat.

Als die Wasser fielen.

Von Otto Rung.

Waldemar und Didrich Hansen kamen mit den schweren Goldbarren, mit einem in jeder Hand, als wären es Würste. Sie tippen sie auf ein Brett unter einer gewaltigen Maschine, und ein ungeheures Hackmesser fiel herab und schlug dem Barren den Kopf ab; der war bläsig und taugte nicht zum Prägen. Die Maschine war schwarz von Ruß, sie wurde genau wie eine Brotschneidemaschine mit Handkraft betrieben und war sehr alt, aus der Zeit Christians des Fünften, sagte der Arbeiter Jensen. Doch Gerda konnte in den Tagen am Fenster stehen und von Metalltaub glänzenden Ruß in die dicken Spinnweben vor der Scheibe pusten, daß es in der Sonne funkelte wie Reis auf einer Weihnachtskarte! —

Gerda lehnte sich zurück: Das war Aladdins Wunderhöhle! Doch jetzt war es bald zwanzig Jahre her.

Eines Tages kam Waldemar in die Zählstube, wo sie saß und ihre Spitzen häfelte. Auf der Fensterbank stand das große, ganz mit Gold gefüllte Kupfergefäß. Waldemar hielt die Hände unter der Schürze, aber seine Nase war weiß und seine Augen wurden ganz klein. Er hatte nicht erwartet, das Kind hier zu finden, und fragte, ob sie nicht hinaus wollte, um Hasen oder Vorkücken zu spielen.

Aber Gerda wollte nicht spielen, sie schrie und rief, daß Waldemar gehen sollte, und daß niemand in die Zählstube dürfe, wenn der Schrant offenlände! Sie nahm Tantes Blumenwiebeln vom Bord und warf mit ihnen nach Waldemar. Er sollte nur versuchen, das Geld anzurühren, das gehörte nicht ihm, das wären die Jehnkronenstücke des Königs! Dann nahm sie eine große Glaskugel mit einem langen Rohr aus dem Schranke und schleuderte sie auf den Steinboden. Es gab einen mächtigen Knall, und augenblicklich kam der Bureauvorsteher in Schutzärmeln und die Feder hinter dem Ohre angelaufen, während der freundliche kleine alte Abteilungschef, der ihr immer übers Haar strich, mit rotem Kopf und atemlos aus der Probierstube hereinspritzte. Am selben Abend wurde Waldemar hinausgeworfen.

Aber Tante Mariane war böse wegen ihrer Zwiebeln. Sie sammelte sie auf dem Boden zusammen, streichelte jede, als wäre sie ein kleines Kind; es wären kleine, lebendige

Blumenkeesen, sagte sie und hielt sie in die Sonne. Aber Gerda fand, daß es schlimmer für das Geld des Landes als für die Zwiebeln gewesen wäre, wenn Waldemar gegröpft hätte.

Die Tante hörte das Kind nicht an. Sie hatte wieder zu zählen begonnen, die kalten harten Goldstücke flossen durch ihre Finger und machten ihre Haut hart; ewig, ewig fielen sie wie Tropfen vom Tropfstein. „Milliarden“, sagte Gerda, „muß sie Jahr für Jahr gezählt haben!“

Aber für mich“, fuhr sie fort, „war die Zeit ein Märchen: die Blumen, die daheim auf der Fensterbank wuchsen, der Strom, der in der Münze aus einem Gefäß in das andere sprang wie kleine blühende Goldfische! Später sah ich jahrelang jeden Tag nach der Schule da und sah den Goldstrom springen. Ich wußte jetzt, daß er von dieser Quelle weit über die Welt floß und alle Dinge in Bewegung setzte. In der großen, weißgetünchten Kammer sah ich und träumte davon, wie es mir selbst ergehen würde. Ich lief in dem alten Münzhaus von der Kupferstube in die Silberstube und zuletzt in die Goldstube. Das war, als stiege man alle Stufen von der Armut empor zum Lande des Reichtums.“

Damals wußte ich noch nicht, daß wir selbst arm waren, ich wurde immer fatter, aber Geld sah ich nie außerhalb der Münze, und nie habe ich später im Leben ein Goldstück in der Hand gehalten. Ich wußte nicht, daß meine Tante verrückt war, und daß sie ihr Leben für mich opferte, daß sie, um für mich zu sparen, sich selbst nicht eine einzige freie Stunde, nicht eine Freude gönnte. Doch mit den Jahren wurde sie stumm, murmelte nur ihre Zahlen, ihre Hände standen nie still. Und ihre Augen bewachten mich, wo ich ging und stand. Ich habe Ihnen ja erzählt, auf was für sonderbare Einfälle sie kam.

Aber nicht eine einzige Stunde nahm sie Urlaub, selbst nicht in dem Jahre, als sie Kehlkopfkrebs hatte und wußte, daß sie bald sterben sollte, selbst da stand sie Tag für Tag an ihrem Plage und ließ die Goldstücke springen. Bis zum letzten Tage ungefähr fand ich nur, daß es hübsch anzusehen war!“

Gude konnte sie, während Gerda erzählte, vor sich sehen, diese alte, knochige und unbegabene Frau mit der grauen Haarkrone hoch über dem kreisgelben Gesicht, die wellen bloßen Arme in ein mit Gold gefülltes Becken gelaucht. Das Schenkelgag verzweigt wie Ädern von Erz unter der Haut. Mit blutlosen Lippen lassend summte sie ihre Zahlen, aus den Gefäßen Kupfer, Silber und Gold schöpfend, jeden Tag mehr

gebrochen, jede Stunde tiefer gebeugt, wie eine müde, verstumme Rorke, die blind das Schicksal durch ihre Hand rinnen läßt, geduldig und sicher ihren Faden aus Metall spinnend. Und zu ihren Füßen das Kind: aus seinem Schemel träumend, mundgerecht wie aus dem Einmaleins die ewigen Zahlen vor sich hinsummend. —

Gerda sah jetzt stumm auf ihrem Plage in der Ecke. Ihr Blick war noch fern, ihre Schultern zogen sich fröstelnd zusammen.

Die Lampe verebbte. Sie drehte an der Schraube, aber nun drohte das Licht ganz zu verlöschen. Die Nacht lag tiefblau vor dem Kajütenfenster. Irgendwo hoch oben in der Finsternis ging ein Saufen, ein Quaken und Rufen durch die Luft, ein schnatternder Kundesang, der Zug Tausender von Vögeln, die über Krongebirg und Häfen nach Norden zogen. Der Frühling war unterwegs.

Auf seinem Tische lagen die dicht beschriebenen Bogen der Abhandlung über den finanziellen Bankrott unserer Zeit, an der er jetzt arbeitete.

Auf einmal erschien ihm jeder Ausweg hoffnungslos, jede Rettung unmöglich. Alle Regeln waren nur graue Theorie. Was halfen wohl Gesetze, was nützten Systeme, selbst die Statistik war nur eine Fiktion, ihre Zahlen rannen meist aus fehlerhaften Quellen. Nur eines galt: menschliches Seelenleben, männlich oder weiblich, fest oder formlos, starr oder wogend, oder alles zusammen, aber ewig unberechenbar, ein Spiel von Launen.

Er beschäftigte sich gerade jetzt mit dem Golde, seiner Wanderung über die Welt, seiner Flucht aus Europa, seiner Stagnation und seiner Sturmflut, seiner ganzen tiefen Hoffart, die sich allen Gesetzen, aller Kontrolle entzog. Es hatte seine eigene Lebensform, seine eigene unbegreifliche Seele. Als Einheit in dem gewaltigen Weltprozeß war es für ihn fast heilig, es war aufgeschichtete Arbeit, die durch Zins und Zinseszins zeugte und schuf, der verdichtete Segen von Jahren: das Dukatengold, der gewichtigste aller Werte der Welt!

Im Elend wurde es geboren, eine arme Frau legte es in eine Krippe, es ging über die Erde als ein Sklave für Piraten oder Lören, verspottet oder angebetet, von Königen gekrönt, von Kommunisten gekreuzigt, von wenigen verstanden als die große Idee, die es in sich trug: das heilige Erbe der Menschheit. — (Fortsetzung folgt.)

Massensturm im Reiseverkehr.

Wie vorausgesehen war, hat bereits am gestrigen Tage ein Massensturm auf die Fahrkarten für die letzten Eisenbahnfahrten zu den kurzzeit noch geltenden Preisen eingekehrt. An dem MDR am Potsdamer Bahnhof nahmen die Menschen bereits früh morgens um 5 Uhr Aufstellung. Es ist auch in Berlin kaum bekannt, daß für die von Berlin abgehenden Sonderzüge außerhalb Groß-Berlins Fahrkarten jederzeit schriftlich bestellt werden können. Das hat zur Folge, daß sich die Groß-Berliner Bevölkerung in die paar Tausend zur Verfügung stehenden Fahrkarten für die Sonderzüge — ein jeder derartige Zug umfaßt etwa 600 Plätze — auch noch mit den auswärtigen Bestellern teilen muß. Dadurch erklärt es sich, daß Sonderzüge im Nu ausverkauft sind, ein Zustand, der dringend der Verbesserung bedarf. Wie zu erwarten war, hat sich der Reiseverkehr nun mit aller Kraft auf die drei ersten Julitage geworfen, für die noch die alten Fahrpreise gelten, wenn die Fahrkarten als Ausgabebag das Datum des 30. Juni tragen. Um nun den zu erwartenden Massenansturm von dem einen Tag, dem 30. Juni, abzuwenden, hat die Reichsbahndirektion Berlin, wie die Reichszentrale für deutsche Verkehrsverwaltung mittelst, die Fahrkartenausgaben der Berliner Fernbahnhöfe ermächtigt, schon heute, Freitag, Fahrkarten mit dem Ausgabedatum des 30. Juni auszugeben, so daß auch die heute gelassenen Fahrkarten bis zum 3. Juli um 12 Uhr mitternacht gelten.

Platzkarten, deren Vorverkauf vier Tage vor Abgang des Zuges beginnt, werden nach wie vor nur im Mitteleuropäischen Reisebüro und seinen Vertretungen abgegeben. Für Fahrkarteinhalte, die mit dem 3. Juli mitternacht ihre Gültigkeit verlieren, müssen, wenn die Reise nach dem 3. Juli angetreten oder fortgesetzt wird, Ergänzungsfahrtscheine und zwar vor Eintritt der Reise gelöst werden. Im Bezirk der Reichsbahndirektion Berlin kann der Fahrpreisunterschied bei allen Ausgabestellen des Mitteleuropäischen Reisebüros und den Fahrkartenausgaben der Berliner Fernbahnhöfe sowie den Endbahnhöfen der Vorortstrecken nachgezahlt werden. Zur Vermeidung von Schwierigkeiten und Verzögerungen bei der Schalterabfertigung auf den Bahnhöfen wird den Reisenden dringend empfohlen, den Fahrpreisunterschied möglichst schon am Tage vor Eintritt der Reise oder Weiterreise bei den Ausgabestellen des Mitteleuropäischen Reisebüros zu zahlen.

„Fräulein Doktor.“

Auf die Hilfsbereitschaft ihrer Mitmenschen hatte es die 25jährige uneheliche Hertha Boges abgesehen. Vier Jahre lang führte sie auf Kosten Mitleidender ein üppiges Leben und es werden ihr nicht weniger als 4000 Fälle des Betruges vorgeworfen.

Unter dem Namen eines Fräulein Doktor Margot Frant hatte sie sich auf das Sammeln von Hilfgeldern verlegt. Sie ging dabei immer mit der Zeit mit. Zunächst sammelte sie für die vertriebenen Ostflüchtlinge und Elend-Bathringer, später die Oberösterreichische Hilfe und zuletzt für die Ruhrbewohner. Von Potsdam her kannte sie die Adressen dieser Hilfs- und Offiziersfamilien und nutzte das weidlich aus. Unter allen möglichen hochtönenden Namen trat sie auf, erzählte von dem Reichtum ihrer Familie und verübte auch zahlreiche Darlehensschwindel. Hübsch und jung, wie sie war, trat sie auch vielfach mit den geschäftigen Herren in nähere Beziehung, so daß viele von ihnen es für gut befanden, von einer Strafanzeige Abstand zu nehmen. Rechtsanwält Dr. Treitel stellte unter Beweis, daß die Angeklagte eine schwere Morphinkistin sei und sich bis zu 30 Spritzen täglich verabfolgt habe. Im Morphiumrausch will die Angeklagte ihre Schwindelthaten begangen haben. Die 2. Strafkammer des Landgerichts I verurteilte die Boges zu 1 Jahr 9 Monaten Gefängnis unter Anrechnung von 3 Monaten Untersuchungshaft.

Von einem Spießgesellen niedergeschossen.

In der Pankowstraße zu Wilmersdorf wurde Mittwochvormittag ein Mann mit einem Oberschenkelbruch aufgefunden. Die polizeilichen Ermittlungen ergaben, daß man es mit einem gewissen Karowski zu tun hatte, einem Mitglied der berühmten Waifkolonne, die in der Wilmersdorfer Gegend schon seit längerer Zeit ihr Unwesen treibt. Verschiedene Mitglieder dieser Kolonne hatten, wie weiter festgestellt werden konnte, mehrere Lokale aufgesucht, dort getrunken, Gäste belästigt, um schließlich auf dem Heimwege untereinander in Streit zu geraten. Dieser endete damit, daß Karowski von einem Spießgesellen niedergeschossen wurde.

Ein Erholungsheim für Schüler.

Das Köllnische Gymnasium nimmt seit mehreren Jahren nur noch ausgewählte Schüler der Gemeindefakultäten auf, um sie in besonderem Lehrgang rasch zu fördern und zum Besuch der Universität vorzubereiten. Vielen Schülern aus der minderbemittelten Bevölkerung soll die Möglichkeit der Erholung in freier Natur geboten werden durch ein Heim, das ein aus Lehrern der Anstalt und früheren Schülern zusammengesetzter Ausschuss geschaffen hat. Bei Königswusterhausen ist in Cablow eine kleine in Wassergrundstück erworben und ein für Aufnahme von etwa 20 Schülern ausreichendes Haus gebaut worden. Die Baustoffe wurden größtenteils von früheren Schülern gespendet, die Erarbeiten wurden von den Schülern selber ausgeführt. Das Haus wird mit Beginn der Ferien in Benutzung genommen.

Freiheitslieder und Liedertafel.

Aus Arbeiter-Sängerkreisen schreibt man uns: In bürgerlichen Zeitungen konnte man lesen, daß der Leipziger Männerchor, der in Hannover eine Reihe von Konzerten veranstaltet hatte, dem Feldmarschall Hindenburg vor seiner Wilsa eine besondere musikalische Ehrung dargebracht habe. Hindenburg habe dann die Ehrenmitgliedschaft des Leipziger Vereins, die ihm dieser angetragen habe, auch angenommen. Dieser Vorgang ist äußerst bezeichnend für die von den bürgerlichen Sängervereinen immer abgelehnten und ihnen dennoch innewohnenden Tendenz zur Verherrlichung von Militarismus, Monarchismus und Nationalismus. Denn daß Hindenburg heute ein Symbol ist, weiß jedermann. Die bürgerlichen Sängervereine sind die braven Liedertafel, die im Stil einer reaktionären Romantik deutsches Gemüt und deutschen Sinn, Könige, Prinzen, Grafen und Soldaten, die deutsche Frau und das deutsche Liebeslied, den Rhein, den Wein und das Bier ansingen. Aber von den großen Volks-, Freiheits- und Menschheitsliedern wissen sie nichts zu singen. Und wenn sie es singen, dann sind es Worte, aber keine Bekenntnisse. Immer mehr erkennen hingegen die Arbeiter-Sängervereine, wie die soeben stattgefundenen Tagung bewiesen hat, ihre Aufgabe, immer stärker wachsen sie in ihre größte und wichtigste Aufgabe hinein, die Ideals des kämpfenden Proletariats, Freiheit, Kameradschaft, Gleichheit, Menschlichkeit, Glück und Freude auf dieser Erde, künstlerisch zum Ausdruck zu bringen. Deshalb ist es auch Aufgabe und Pflicht der Jugend, sich immer stärker an den Arbeiter-Sängervereinen zu beteiligen. Auch hier zeigt sich wieder, daß das auch heute noch vom Bürgertum vielfach so verachtete Proletariat Träger seiner großen kommenden künstlerischen Volkskultur sein kann und sein wird.

Die Gasbestandsaufnahmen.

Die Direktion der städtischen Gaswerke teilt mit: Vor Jahren wurde für Juli und August zusammen der Gasmessersstand der städtischen Gaswerke nur einmal aufgenommen, und zwar, weil viele Gasverbraucher in dieser Zeit von Berlin abwesend zu sein pflegten und weil in dieser Zeit auch der Urlaub der Betriebsangestellten fiel. Die rasche Geldentwertung erfordert es jedoch, auch von der Standaufnahme im Juli ab wieder eine den sehr gestiegenen Kohlenpreisen und Frachten entsprechende Erhöhung des Gaspreises eintreten zu lassen. Um nun zu vermeiden, daß bei einer

für Juli und August zusammengezogenen Standaufnahme ein Teil der Verbraucher bereits von Anfang Juli an, ein anderer Teil aber erst von August an den erhöhten Gaspreis zu entrichten hat, alle Verbraucher aber im Laufe des August und September eine Rechnung über einen Zweimonatsverbrauch vorgelegt erhalten, ist in diesem Jahre angeordnet, daß im Juli und August je eine Gasmessersstandaufnahme und Rechnungsvorlegung stattfindet. Die Direktion der städtischen Gaswerke bittet deswegen, dafür befohlen zu sein, daß bei allen Verbrauchern die Standaufnahme, Rechnungsvorlegung und Rechnungseinzahlung im Juli und August ermöglicht wird. Es wird angestrebt, daß in jedem Monat ungefähr am gleichen Tage die Standaufnahme und Rechnungseinzahlung erfolgt. Bei der Standaufnahme im Monat Juli wird die Gasrechnung errechnet nach einem Preise von 1200 M. je Kubikmeter und bei der Standaufnahme im August nach dem im Laufe des Monats Juli neu zu veröffentlichen Gaspreise.

Die neuen Straßenbahntarife.

Die Straßenbahn erhöht ihren Tarif von Montag, den 2. Juli, ab wie folgt: 1. Einzelfahrtscheine für Erwachsene 1500 M., im Bereich der Vorortbahnen (normaler Spandauer, Köpenicker Straßenbahn, Teetower Kreisbahnen mit Brunenwaldbahn) 1300 M., für Kinder von 6 bis 14 Jahren, ferner (auf Berechtigungschein) für Lehrlinge, Schüler und unbemittelte Studenten, sowie (auf Ausweis) für Kriegesbeschädigte 800 M. 2. Teilsfahrscheine (erwachsen) auf den Linien 9, 16 und 116 1200 M., Fahrten darüber hinaus kosten 1500 M. 3. Umsteige-fahrtscheine, auch im Wechselverkehr mit der Hochbahn, 2200 M., im Bereich der vorbenannten Vorortbahnen 1500 M. 4. Wochenkarten für wochentäglich zwei ununterbrochene Einzelfahrten auf bester Stelle innerhalb einer Kalenderwoche auf den Stamm-bahnen 15000 M., im Binnenvorkehr der zu 1. genannten Vorortbahnen 13000 M. Sonntags gelten die Karten nicht. 5. Monatskarten vom Monat Juli ab: auf den Stammbahnen eine Linie 90000 M., drei Linien 120000 M., alle Linien 240000 M., im Binnenvorkehr der zu 1. genannten Vorortbahnen eine Linie 60000 M., für den Bereich einer der Vorortbahnen 75000 M. 6. Schülermonatskarten 30000 M. 7. Für gebührenpflichtiges Gepäck und für Hunde wird Fahrgeld wie für eine erwachsene Person erhoben. — Das Straßgeld für Fahrgäste, die ohne gültigen Fahrchein betroffen werden, beträgt das Dreifache des Fahrgeldes für eine Einzelschicht, mithin 4500 M.

Von einem wilden Gepädträger empfindlich geküßelt worden ist der Reichstagsabgeordnete Dr. S. Er übergab auf dem Steintier Bahnhof einem Träger seinen Koffer und die Reise-decke. Die Sachen wurden jedoch an der bezeichneten Stelle nicht abgeliefert. Es muß deshalb angenommen werden, daß diese unterschlagen oder gestohlen worden sind. In dem Koffer befand sich u. a. ein roter Jagarretui, eine Krawattenperle, 2 Brillantknöpfe für Oberbekleidung. Der Koffer selbst ist mit Einrichtungen versehen, die den Inhalt tragen das Monogramm T. S. Auf die Wiederherbeischaffung des Koffers ist eine Belohnung von einer Million Mark ausgesetzt.

Ungültigkeit der Einzellkarten der Stadt-, Ring- und Vorort-verkehrs. Mit Ablauf des 30. Juni werden die in der Zeit vom 21. bis 30. Juni im voraus gelösten Einzellkarten der Stadt-, Ring- und Vorortverkehrs ungültig. Diese Karten werden bis zum 20. Juli an dem Fahrkartenschalter des Bahnhofes, auf dem sie gelöst sind, gegen Erstattung des dafür gezahlten Fahrgeldes zurückgenommen. Dieser Bahnhof ist auf den Karten in Klammern oder in abgekürzter Bezeichnung am oberen Rande angegeben. Nähere Auskunft erteilen die Fahrkartenausgaben.

Rein und Ruhr im Bild. Unter dem Titel „Der Deutsche Rhein“ ist im Verlag Carl Gerber, München, in der Reihe der populär gewordenen „Deutschen Bilder“ der Reichszentrale für Deutsche Verkehrsverwaltung ein neuer (viertes) Band erschienen, der dem so heiß umrittenen, immer heimgekehrten Land an Rhein und Ruhr gewidmet ist. Der erste Teil ist ganz auf herrliche Romantik gestellt. Schlösser und Burgen am Rhein gleichen an uns vorüber, eines immer schöner gelegen als das andere. Die trauten anheimelnden Bilder rheinischen Kleinadelslebens vermehrt man leider. Dafür aber entschädigt eine Serie drahtloser Fernüberbilder aus dem Ruhrgebiet, die den harten Kampf der Arbeit verklären. Das Ganze ein Meisterwerk feinsten echten Heimatempfindens und künstlerisch-technischer Arbeit in schwerer Zeit.

Der unruhige Aetna. Trotz beruhigender Nachrichten rückt der Lavastrom des Aetna noch langsam vor, ist aber nur noch teilweise glühend. Nur auf der Landstraße nach Termini hat die Lava in wenigen Stunden 60 Meter zurückgelegt. Es wurden noch einige Hofeinstufungen zerstört. In einigen Stellen hat sich die Lava auf eine Höhe von 50 Metern gestaut. Wirkliches Vordringen der Lava hat sich auch vor Castiglione ereignet. Der Bischof von Agrigore ist von dem Freudenfest der dankbaren Bevölkerung der Aetnabörser nach seinem Sitz zurückgekehrt. — Nach den neuesten Telegrammen des „Corriere della Sera“ aus Catania bedroht der Lavastrom des Aetna den Flecken Catania Vecchia, wo schon ein Bauernhaus brennt. Der Lavastrom ist noch 900 Meter von den ersten Häusern von Linguaglossa entfernt. Eine Eisenbahnbrücke der Aetnarundbahn wurde abgetragen.

Aus der Partei.

Die jungsozialistische Bewegung.

Die Jungsozialisten halten ihre diesjährige Reichskonferenz am 10. August in Erlangen ab. Am Vorabend findet im „Colosseum“ in Erlangen eine große jungsozialistische Rundgebung (Referent: Reichsminister a. D. Radbruch) mit anschließendem Fackelzug statt. Teilnehmerzahl 500 M. Der Reichskonferenz voran geht eine Ferienarbeitswoche, vom 2. bis 9. August, die das Thema „Kultur und Sozialismus“ behandelt und die Teilnehmer für eine Woche zu einer Arbeits- und Lebensgemeinschaft vereinen soll. Die Leitung der Woche hat der Genosse Dr. Engelhardt-Berlin übernommen, außerdem sind vorgegeben einige Vorträge über die verschiedenen Zweige der sozialistischen Kulturarbeit. Die Teilnehmergebühr beträgt 5000 M. für die Woche, außerdem entstehen noch Kosten für Verpflegung und Unterbringung, die verhältnismäßig niedrig gehalten werden. Interessenten für die Arbeitswoche, sowie jungsozialistische Gruppen, die die Einladungen für die Reichskonferenz noch nicht erhalten haben, wollen sich umgehend an den Reichsausschuh der Jungsozialisten (Adresse: A. Weimann, Berlin SW. 68, Lindenstr. 3) wenden.

Lebensmittelpreise des Tages.

Zufuhr: Fleisch ausreichend, Geschäft flau, Preise erheblich höher. Fische ziemlich ausreichend, Geschäft reger, Preise höher. Obst und Gemüse ausreichend, Geschäft flau. Naturbutter, Margarine und Schweineschmalz im Preise erheblich höher.

Am Donnerstag galten in der Zentralmarkthalle folgende Kleinhandelspreise: Rindfleisch 15000—18000 M., ohne Knochen 18000—22000 M., Schweinefleisch 18500—20500 M., Kalbfleisch 14500—20000 M., Hammelfleisch 20000—21000 M., Rindertalg 20000 M., Schellfisch 7900 bis 9500 M., Kabeljau 10000 M., in Eis: Scholle 16300—18000 M., Hechte 15000—18000 M., Aale 23500 M., Lebende Aale 25000—28000 M., Hechte 21700—24000 M., Naturbutter 24000—27500 M., Margarine 17500—21500 M., Schweineschmalz 22000—25000 M., Eier 1400 bis 1450 M., das Stück. Mohrrüben 3000 M., das Bund, Schoten 7000 M., Blumenkohl 9000—10000 M., der Kopf, Grüne Gurken 4000—6000 M., das Stück, Kartoffeln (neue) 3000—3500 M., das Pfund, Kartoffeln (alte, nur schwache Zufuhr) 7000—8000 M., 10 Pfund, Kürbisse 2000 bis 4000 M., Erdbeeren 10000—12000 M., Stachelbeeren 2200 M.

Wirtschaft

Das Rathenower Getreidegeschäft.

Vor kurzem erregte ein Skandal bei der Rathenower Dampf- und Mühlen A.-G. allgemeine Aufmerksamkeit. Der Direktor des Unternehmens hatte mit Hilfe einer falschen Lagerbuchführung und unterstützt durch sträfliche Leichtfertigkeit des Aufsichtsrates rund 10000 Doppelzentner Weizen und Kleine, die an die Reichsgetreidestelle abzuführen waren, frei verkauft. Dazu kam, daß er auch merkwürdige Gefälligkeitswechsel in Höhe von 17000 holländischen Gulden ausgestellt und auch sonst einen ganz „originellen“ Betrieb eingeführt hatte. Es kam zum Zusammenbruch; jetzt beraten die Interessenten über die Sanierung.

Beachtlich ist, daß es dem Bankenkonsortium, das der Rathenower Dampf- und Mühlen A.-G. nahesteht, unter Hinzuziehung der Darmstädter und der Nationalbank gelungen ist, die Forderungen, die die Reichsgetreidestelle an die Dampf- und Mühlen A.-G. hat, zu erwerben. Es muß dabei gefragt werden, ob die offene Forderung der Rathenower Dampf- und Mühlen und ihrem Konsortium neben der selbstverständlichen Entschädigung die Nachlieferungspflicht der Ware auferlegt worden ist.

Die Sanierung, die für die Rathenower Dampf- und Mühlen A.-G. jetzt notwendig wird, ist in Wirklichkeit ein Streit der verschiedenen Interessentengruppen um das durch den Betrug verhältnismäßig billig gewordene Objekt. Die gestern in Rathenow stattfindende Generalversammlung nahm nun zwar einen lebhaften Verlauf, brachte aber nicht die erwartete scharfe Opposition. Der Grund dazu soll sein, daß in letzter Stunde der Oppositionsgruppe von der interessierten Großbank die jungen Aktien sehr billig angeboten worden sind. Das scheint die Auseinandersetzung wesentlich „erleichtert“ zu haben. Die Reichsgetreidestelle hat sehr notwendig, erklären zu lassen, inwiefern sie bei dem Verkauf ihrer Forderung, bei der Sanierung der Rathenower Mühle und bei der Einigung der verschiedenen Interessentengruppen zu ihrem Recht auf wertbeständige Wiedergutmachung kommt. Im Antwort wird dringend gebeten.

Verstrebene Index-Berechnungen.

Das Reichsfinanzministerium ist bei den Verhandlungen über die Schaffung wertbeständiger Löhne bekanntlich dadurch besonders aufgefallen, daß sein Vertreter im Reichsarbeitsministerium den ethischen Lohnindex als eine Maßnahme bezeichnete, die zur Lohnstabilisierung zugunsten der Entente führen müsse. Der Indexlohn sei nicht möglich, weil gerade die Arbeiter noch die einzigen seien, die die Papiermark hielten; aber wenn der wertbeständige Lohn doch komme, dann würde das Reichsfinanzministerium — nachkommen. Immer wieder wurde betont, daß man aber auf keinen Fall die Absicht habe, voranzugehen und damit das Recht der ersten Bestimmung der wertbeständigen Löhne für sich in Anspruch zu nehmen.

In der Zwischenzeit plagt sich das Reichsfinanzministerium dennoch bei den verschiedensten Gelegenheiten, Verordnungen usw. mit der Frage herum, wie die Einnahmen wertbeständig gehalten werden können. Dabei kommt man zu den verstrebten Berechnungen. So ist jetzt eine Verordnung des Reichsfinanzministers erschienen, die den Betrag bestimmt, der für die persönliche Mitnahme von Zahlungsmitteln bei Reisen nach dem Auslande freigegeben ist. Man kam auf den folgenden „genialen“ Index: Es wird jeweils das Fünffachtausendfache des Betrages der jeweiligen Gebühr für einen Fernbrief bis zu 20 Gramm als Grundlohn für die Freigrenze angenommen!

Man sieht, das Reichsfinanzministerium kann sich dem Gedanken der Wertbeständigkeit auch nicht entziehen, man bringt es nur nicht fertig, auf gewöhnlichem Wege durch die Tür zu kommen. Es wird durch den Keller über das Dach in den Schornstein getrieben. Wir sind für wertbeständige Löhne, für Wertbeständigkeit aller materiellen und geistigen Werte, nur eines wünschens wert: daß die Beheimateten von der Sorte, die wir neuerdings aus dem Reichsfinanzministerium kennen lernen mußten, in Zukunft nur entsprechend ihrem inneren Wert bezahlt werden.

Der Privathandel in Moskau. Das Hauptmerkmal des Privatkapitals ist gegenwärtig seine außerordentliche Beweglichkeit. Der rasche Wechsel der allgemeinen Marktkonjunktur, das äußerst drückende Steuerregime und die schwierigen Kreditbedingungen zwingen die Privatunternehmer, ihr Betätigungsfeld dauernd zu wechseln. Vor noch nicht langer Zeit ist die Privatinitiative hauptsächlich auf den Getreidehandel konzentriert gewesen. Von den Börsemännern der Privatfirmen entfielen nahezu 50 Proz. auf Getreidegeschäfte, und über 30 Proz. des Moskauer Getreidemarktes wurden von Privatfirmen bedient. Gegenwärtig jedoch ist, im Zusammenhang mit der allgemeinen Krise der Getreidepreise und der überaus ungünstigen Lage des Moskauer Getreidemarktes ein Rückgang der privaten Betätigung zu konstatieren. Die privaten Firmen haben sich fast vollständig vom Getreideanbau für eigene Rechnung zurückgezogen und besorgen in der Hauptsache nur noch Kommissionsgeschäfte. Ähnlich sieht es auf dem Legitimmarkt aus. Von den in letzter Zeit in Moskau eingegangenen Firmen entfällt der größte Teil gerade auf solche, die mit Manufakturwaren handeln. Es ist überhaupt eine allgemeine Bewegung des Betätigungsfeldes des Privatkapitals zu konstatieren, und als vorherrschende Form des Privatunternehmens tritt neuerdings immer mehr der Kleinhandel mit Produkten hervor. Diese Zurückziehung des privaten Unternehmertums vom Markt ist nicht so sehr durch den großen Steuerdruck zu erklären, als hauptsächlich durch die völlige Unmöglichkeit, irgendwelche stabile Realisation auszustellen, infolge der steten Veränderlichkeit der wichtigsten Realisationsfaktoren. Die privaten Unternehmer ziehen es unter diesen Umständen vor, sich vom Warenmarkt zurückzuziehen, um sich, wie die „Ostwirtschaft“, der wir diese Ausführungen entnehmen, bemerkt, dem „Effekten- und Geldgeschäft“ zu widmen, wo die Betätigung mit weniger Uebertragungen und Gefahren verbunden sei.

Verkauf von nationalisierten Betrieben an Private. Im Zusammenhang mit der vor sich gehenden weiteren Konzentrierung der russischen Staatsindustrie auf die leistungsfähigsten Betriebe berichtet die Sowjetregierung, wie die halbamtliche russische Telegrammen-Agentur meldet, zwei wichtige neue Dekrete vor. Das eine Dekret soll den Verkauf der zu schließenden Betriebe an Private gestatten und die Bedingungen, unter denen dies geschehen kann, festlegen. Das zweite Dekret betrifft die Ueberführung der Ausrüstung der stillgelegten Betriebe nach anderen lebensfähigen Betrieben. Durch das neue Dekret sollen diese Betriebe anscheinend vor dem Verfall gerettet werden, da ihre „Konfiskation“ eine große unproduktive Finanzlast für den Staat bedeutet.

Die neue Zulassungsziffer für die Einwanderung. Nach einer Meldung aus Washington teilt das Auswanderungsamt mit, daß im Laufe des am 1. Juli beginnenden Haushaltsjahres 357803 Einwanderer nach den Vereinigten Staaten zugelassen werden sollen.

Devisenkurse. Unserer gestrigen Kurstafel ist noch folgendes nachzutragen: 1 finnische Mark 4114,50 Geld, 4185,50 Brief; 100 österr. Kronen 211,06 Geld, 213,04 Brief; 1 tschechische Krone 4538,50 Geld, 4561,50 Brief; 1 ungarische Krone 18,45 Geld, 18,55 Brief; 1 bulgarische Leva 1396,50 Geld, 1408,50 Brief; 1 jugoslawischer Dinar 1675,50 Geld, 1684,50 Brief.

Oesterreichischer Gewerkschaftskongress.

Der zweite Gewerkschaftskongress trat am Montag vormittag im prächtig dekorierten Saal des Favoritener Arbeiterheims in Wien zusammen. Er ist von 358 Delegierten, worunter 18 weibliche, besetzt, die 1049 949 Mitglieder vertreten. Wien allein stellte 252 Delegierte. Auch die Gewerkschaftspressen sind in Zahl von 42 durch 41 Delegierte vertreten. Den Internationalen Gewerkschaftsbund vertritt Genosse Sassenbach, den A.D.B. der Genosse Seipart und die Genossin Gertrud Hanna.

Die Eröffnungsrede des Vorsitzenden der Gewerkschaftskommission, Abgeordneten Genossen Domes, bildete eine wichtige Anlage gegen die Regierung der Sanierung, die fortgesetzt besteht, die Kraft der Gewerkschaften zu unterminieren und zu schwächen. Der Heeresminister suche die republikanische Wehrmacht in ein Machsinstrument der Herrschaft umzuwandeln und den Gewerkschaften systematisch zu zerlegen. Zu den schlimmsten Feinden der demokratischen und sozialen Einrichtungen gehöre das Ministerium für soziale Verwaltung. Es sei daher erste Aufgabe des Kongresses

die Gewerkschaftsfront zu stärken.

Die Anwesenheit der Vertreter der Sozialdemokratischen Partei zeige, wie innig die Verbindung zwischen den freien Gewerkschaften und der Partei in Oesterreich ist. Die österreichische Regierung und ihre Organe hätten andere Sorgen als die österreichische Arbeitererschaft zu begreifen, doch habe diese auch kein Verlangen, von ihrer Regierung begrüßt zu werden. Aber der Chef der Landesregierung Wien, der Bürgermeister von Wien, Genosse Neumann, sei erschienen.

In seinem Nachruf an die Toten gedachte Domes auch unserer verstorbenen Führer Regien und Hue.

Der Begrüßungsrede Sassenbachs für den I.O.B. folgte eine Ansprache des Vertreters des A.F.A.-Bundes, Genossen Süß. Berlin, der den Wunsch ausdrückte, daß der Zeitpunkt komme, wo die Grenzspähre zwischen den deutschen Stammesgenossen fallen. Es folgten weitere Ansprachen von Schäfer für die deutsche Gewerkschaftskommission in der Tschechoslowakei, von Remecel für die tschechoslowakische Gewerkschaftskommission, Jazaj für die ungarische Gewerkschaftszentrale, die 1913 107 000 Mitglieder zählte, heute aber auf 203 000 Mitglieder trotz der Zerstörung des Landes angewachsen ist, trotzdem Eisenbahner, Straßenbahner und Feldarbeiter sich nicht organisieren können, da sie keine Koalitionsfreiheit haben.

Seit vom Parteivorstand bezeichnete das Wort der Regierung als

Hochverrat am Volke,

weil es Deutschösterreich an das ausländische Kapital ausliefern, weil die ganze Sanierung unter Schonung des Großkapitals und der Landwirtschaft ausschließlich auf Kosten der städtischen Bevölkerung und vor allem der Arbeitererschaft gebe. Die Folgen dieser Sanierung seien furchtbare Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit, Dezimierung der Bevölkerung durch Hunger, Not und Krankheit. Während Seipel nur mechanisch, buchnäßig saniere, fordert die Sozialdemokratie die gleichzeitige Sanierung der Volkswirtschaft, die Ausrichtung eines Industriestaates. Wirtschaftliche Demokratie zu erobern sei vor allem Aufgabe der Gewerkschaften und der Betriebsräte. Die politische Organisation wünsche nichts Besseres, als daß die Gewerkschaften Oesterreichs bleiben, was sie waren und sind. Dann würden sie ihren Aufgaben am besten gerecht.

Der Schweizerische Gewerkschaftsbund hat in einem Begrüßungsschreiben sein Fernbleiben mit starker Arbeitsanhängung entschuldigt. Die vorgelegte Tagesordnung wird genehmigt, ebenso die bisherige Geschäftsordnung mit der Abänderung, daß zur Vornahme einer namentlichen Abstimmung 50 anstatt 20 Stimmen erforderlich sind. Den

Bericht der Gewerkschaftskommission

erstattete Hueber. Er erinnerte an den ersten Gewerkschaftskongress von 1893, der wenig mehr als 30 000 Mitglieder vertrat. Erst nach 30 Jahren sei man dazu gekommen, was damals schon beschlossen wurde. Man habe schon 1893 vorausgesehen, daß es zu einer Industriegruppenorganisation kommen werde. Die berühmte Koalitionsregierung Windischgrätz habe damals der Wiener Polizeidirektion, die den Kongress auf Grund des § 2 schikanieren wollte, eine milde Praxis empfohlen, da sich die allgemeinen Gewerkschaftskongresse im Gegensatz zu der sozialistischen Partei mit der Ausbildung der Organisation zum Zwecke der Arbeitsbeschaffung, der Verbesserung der Existenz der Arbeiter befassen wolle, wodurch eine Ableitung von einem agitatorischen Treiben zu anderen Zwecken erreicht würde, was als politisch günstig betrachtet werden müsse. Unter großer Heiterkeit verweist Hueber auf diese Voraussetzungen: gerade in Oesterreich könne man den „Gegensatz“ zwischen Partei und Gewerkschaften vergeblich suchen. Der Redner berichtete dann von der Hilfsbereitschaft der Ausländer für Oesterreich. Ein Pariser Professor sagte in einer Denkschrift, wenn Oesterreich geholfen werden soll, muß es

„die Fessel des Achtstundenlages abstreifen“.

muß es die Fessel des Mieterschutzes beseitigen und es müssen manche soziale Errungenschaften etwas biegsamer und geschmeidiger gemacht werden. (Hört-Hört-Rufe.) Der Herr Professor verlangt auch die Beseitigung des Index. Damit sei ungeschweht ausgesprochen, was die Meinung der Regierung Seipel, des Generalkommissärs des Völkerverbundes und die der Staaten ist, die Oesterreich die Anleihe gegeben haben. Es soll auf Kosten der Arbeiter reformiert werden. Es sei eine systematische Lüge, zu behaupten, daß in Deutschösterreich die Arbeiter und die Angestellten längst die Gold-

parität in ihren Löhnen und Gehältern überschritten hätten. Oesterreich hätte sich selbst helfen können, ohne ausländische Kontrolle und ohne Generalkommissär. Die Kapitalisten haben fünf Milliarden Goldkronen ins Ausland gerettet, die Arbeiter und Angestellten aber wollen sie dem Ausland ausliefern.

Der Kongress könne nur eine Antwort darauf geben: Jetzt erst recht! Wir werden so zu rechnen haben, wie es die Gegner als die Rechnung erklären, die schon durchgeführt sei:

Hieran an die Goldparität

Und wir werden ebenso entschieden sagen: Wehe dem, der an dem Achtstundenlag ernstlich rüttelt! (Stürmischer Beifall.) Das ist die Antwort darauf, daß es den österreichischen Arbeitern und Angestellten gut geht. Wir wollen nicht leugnen, wir haben es verstanden, wenigstens von der Goldparität nicht allzu weit entfernt zu sein. Es war eine glückliche Idee des damaligen Kanzlers Dr. Renner, die erste Industriekonferenz einzuuberufen, in der er zur Festsetzung einer Art Index geraten hat. Das hat unsere Situation erleichtert. Wir wurden beim Sturz der Krone von weniger Erschütterungen ergriffen. In der Zeit vom Jahre 1919 bis zum August 1922 hatten wir ja nichts als Lohnbewegungen. In diesen zweieinhalb Jahren haben wir im Interesse des Proletariats positive Arbeit geleistet. Hätten wir dies nicht getan, so würden wir noch ganz anders im Elend leben müssen als heute.

Redner gibt dann eine Darstellung von 52 Verbänden, um zu zeigen, wie weit die Löhne an die Goldparität herangerückt sind. Die einzige Kategorie, die wirklich die Goldparität überschritten hat, das ist

die berühmte Stepperin.

Das Interessante daran ist, welche Kategorie von Arbeitern es ist, die die Goldparität um 14 Proz. überschritten hat. Man muß eben erst die Frage beantworten, was die Arbeiterinnen im Frieden gehabt haben. Der Fall der Stepperin beweist doch nur, wie schlecht-bezahlte Arbeiterinnen es im Frieden gegeben hat. Von den Ungestellten erreicht keiner mehr als 60 Proz. des Friedenslohnes. Noch viel ungünstiger sei das Verhältnis bei den Bundesangestellten. Aus den Zahlen der Wiener Handelskammer und der paritätischen Kommission, besonders aus den Indexziffern sei zu ersehen, daß in wichtigen Lebens- und Bedarfsartikeln die Goldparität längst überschritten ist: das Brot mit 16 Proz., Zucker mit 20 Proz., Frond-Kaffee mit 19 Proz., Rindfleisch 97 Proz., Bohnenkaffee 93 Proz., Schweinefleisch 94 Proz., Hülsenfrüchte 86 Proz., Margarine 86 Proz., Pflanzenfett 81 Proz., Reis 66 Proz., Malzkaffee 69 Proz. und Kartoffeln um 25 Proz. Bei genauer Berechnung des Haushaltsbudgets ergibt sich, daß wir uns die Lebensmittel noch lange nicht kaufen können, die wir im Jahre 1917 einkaufen konnten.

Zur Frage der Arbeitslosigkeit übergehend berichtet Hueber, daß die Zahl der Arbeitslosen beinahe dieselbe ist, wie zur Zeit des ersten Kongresses. Soweit es die wirtschaftlichen Verhältnisse des Staates und die Befähigung der beschäftigten Betriebe erlaubten, haben wir herausgeholt, was wir herauszuholen vermochten. Wir haben auch eine eigene Organisation der Arbeitslosen geschaffen und können sagen, die Arbeitslosen haben mit uns gut gearbeitet. Bei allen ihren Schritten hat die Kommission und die Arbeiterkammer mehr Gewicht gelegt auf die produktive Arbeitslosenfürsorge, als auf die Unterfrühung. Die Frage entsteht, ob nicht viele Arbeiter und Angestellte übrig bleiben werden, für die in Wien keine Beschäftigung zu finden ist. Die Befürchtung liegt nahe, daß die Gewerkschaftskommission wird genaue Ermittlungen anstellen, bevor sie

eine organisierte Auswanderung

unterstützt. Die bisher nach Südamerika Ausgewanderten haben es furchtbar bereut. Das Klima ist elend und kaum zu ertragen. Es gibt nur eine Richtung für die Auswanderer: Nordamerika. Allein das Kontingent der Vereinigten Staaten für die Einwanderung, ist erschöpft. Ueber die Auswanderung könnte man leicht sprechen, wenn es in Rußland anders wäre, wenn wir wählen, daß dort das Koalitionsrecht und das Streikrecht ebenso gewahrt werden wie bei uns, würden wir gerne darüber reden, daß Arbeitslose nach Rußland gehen. Mit dem Problem der Auswanderung werde sich die Kommission noch eingehend zu beschäftigen haben.

Zu dem eigentlichen Bericht übergehend empfiehlt Redner einen Antrag, der den Gewerkschaften zur Pflicht macht, der gewerkschaftlichen Erziehung und wirtschaftlichen Schulung der neu gewonnenen Mitglieder erhöhtes Augenmerk zuzuwenden. Im besonderen wird empfohlen, alle verfügbaren Mittel und Kräfte aufzuwenden, um die Betriebsräte mit den notwendigen Kenntnissen auszustatten. Das Studium der Zeitschrift „Arbeit und Wirtschaft“ erscheint dem Kongress u. a. als eines der Mittel zu diesem Zwecke. Das Regulator der Gewerkschaftskommission soll geändert werden. Es hat sich die Notwendigkeit der Bildung einer Sektion der Privatangestellten und der Staatsangestellten innerhalb der Gewerkschaftskommission herausgestellt. Diese Sektionen sollen nun vom Kongress sanktioniert werden. Dementverwendend wird eine Erhöhung der Zahl der Mitglieder der Gewerkschaftskommission auf 20 vorgeschlagen, so daß sie samt der Kontrolle aus 24 ordentlichen Mitgliedern bestehen würde. Die Beitragserhöhungen sollen durch die Vorstandskonferenz erfolgen.

Im Regulator und im Streitreglement sollen veraltete Bestimmungen beseitigt und schärfere

Mahnahmen gegen die wilden Streiks

getroffen werden. Die „Gewerkschaft“ und der „Betriebsrat“ mühten eingehen, da die Blätter finanziell nicht gehalten werden

konnten. An Stelle derselben wurde die Zeitschrift „Arbeit und Wirtschaft“ gegründet, einen Beschluß, den man nicht zu be-reuen habe.

Beim Kassenbericht der Gewerkschaftskommission sei von der Goldparität keine Rede. Ende Dezember verfügten wir über 28 Millionen Papierkronen. Wir haben allerdings Milliarden, aber diese gehören nicht uns. Sie bilden den Solidaritätsfonds, der nur von uns vermarktet wird. Die Kinderfreunde haben von den erhobenen Beiträgen im vorigen Jahre rund 27 Millionen erhalten, nach der Beitragserhöhung seit 1. Januar allein 20 Millionen, die Jugendlichen 5 Millionen und die Bildungszentrale mehr als 1 Million Kronen. Wir haben im Berichtsjahre 30 000 Mitglieder verloren. Die Besse ist seitdem noch etwas heruntergegangen, aber das macht nichts und sei schon früher passiert. Sie werde schon wieder hinaufgehen. Es sei Pflicht aller Betriebsräte, die Bekleidungsbeschaffungen ausschließlich bei der Großeinkaufsgesellschaft und den Genossenschaftsmärkten zu bedenken. Wir geben unser Geld auch der Arbeiterbank, da unser Grundgesetz ist, daß wir unser Geld für uns verwenden, um die Gemeinwirtschaft zu unterstützen und die Eigenproduktion zu verstärken.

Die Regierung habe es bisher unterlassen, Befehle, die der Washingtoner Konvention entsprechen, zur Ratifikation vorzulegen und die Konvention beim Arbeitsamt zu hinterlegen. Der Bericht der Kontrolle stellt fest, daß Bücher und Belege stets in Übereinstimmung mit der Kasse vorgefunden wurden. Die nun folgende Debatte wurde, nachdem sechs Redner zu Worte gekommen, verlag.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Für den Kampffonds der D.S.P.D. wurden von Genossen E. C. 300 000 R. an die Bezirkskasse übermittelt, worüber hierdurch mit bestem Dank öffentlich quittiert wird. J. A.: Alex Bogels.

4. Kreis-Bezirksrat Berg. Heute, Freitag, den 29. Juni, 8 Uhr, Sitzung des Kreis-Bezirksrates des sozialdemokratischen Bezirkes bei Winger, Winger, Ecke Charlottenburger Straße. Tagesordnung: Bericht aus der Bezirksarbeitsgemeinschaft. Sämtliche Objekte der Arbeitsgemeinschaft müssen erscheinen.

20. Kreis-Bezirksrat. Heute, Freitag, den 29. d. M., 7 Uhr, im Sitzungssaal des Rathauses Reinickendorfer-Ort. Konferenz aller Genossen des Kreises, die als Arbeitsgemeinschaft im Wohnungsausschuß und dem Wohnungsausschuß tätig sind. Auch die im Wohnungsausschuß tätigen Genossen und die Stadträte sind eingeladen. Vortrag des Gen. Hermann über die Redipflichtung der Wohnungs- und Mietvereinsmitglieder.

11. Kreis-Bezirksrat. Sonnabend, den 30. Juni, 7 Uhr, Sitzung bei der Genossin Krone, Tempelhofer Str. 16. Sämtliche Kreismitglieder sind zu dieser Sitzung eingeladen. — Am Montag, den 2. Juli, sind die Genossinnen, welche gewählt sind, als Helferinnen bei der Ferienkassenkollektion zu betätigen, zu einer Sitzung um 7 1/2 Uhr bei der Genossin Krone, Tempelhofer Str. 16, eingeladen.

Heute, Freitag, den 29. Juni:

72. Abt. Schwanenort. 8 Uhr Teilnahme der Delegierten an der Kreisdelegiertenversammlung bei Frau Kaiserstraße 25-27. Sonnabend um 6 1/2 Uhr und Sonntag um 9 Uhr ab Ringelstraßenstraße vom Restaurant Behn, Breite Str. 25, aus. Erscheinen ist Pflicht.

Morgen, Sonnabend, den 30. Juni:

29. Abt. 7 1/2 Uhr in der Zentralfunktion, Lindenstr. 3. Versammlung der Mitglieder. Thema: „Das neue Arbeiterkassenrecht“.

112. Abt. Hiltberg. Pünktlich 7 Uhr Funktionssitzung in der Bibliothek, Weißbühlstr. 27.

Übermorgen, Sonntag, den 1. Juli:

31. Abt. 7 1/2 Uhr Treffpunkt Krimplatz (Sportplatz). Ausflug nach Buch (hinzu dem Restaurant Waldhütte, Spielwiese). Abfahrt Bahnhof Gesundbrunnen 8.16 Uhr. Rückkehr treffen sich im Rest. Waldhütte, zehn Minuten vom Bahnhof. Die Bezirksführer laden ein. Bei Regenwetter 14 Tage später.

24. Abt. Charlottenburg. Die Parteigenossen mit ihren Familien treffen sich am Sonntag um 12 1/2 Uhr zum Abmarsch zum Waldhof im „Sachsenpark“, Galtmanstr. 15. Gänge sind mitzubringen.

22. Abt. Hiltberg. Treffpunkt Krimplatz. Abmarsch mit Musik 2 Uhr. Rückkehr Krimplatz um 10 Uhr. Rückkehr nach Hause beachten.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

31. Abt. Genosse August Pieper, 23 Jahre Mitglied der Partei, ist im Alter von 50 Jahren am 26. Juni gestorben. Die Einäscherung findet am Sonnabend, den 30. d. M., nachmittags 5 Uhr, im Krematorium Gerichtsstraße statt.

Jugendveranstaltungen.

Wankenburg: Jugendheim Gemeindefunktion, Diskussionsabend: „Das Rätsel in der proletarischen Jugendbewegung“. — Weis: Jugendheim Chausseestraße. Vortrag: „Kunst und Proletariat“. — Charlottenburg: Jugendheim Kottbuscher Str. 4. Diskussionsabend: „Probleme der Arbeiterbewegung“. — Halensee: Jugendheim Gemeindefunktion Joachim-Friedrich-Straße. Vortrag: „Jugendpflege und Jugendbewegung“. — Fasanenberger Viertel: Jugendheim Gemeindefunktion Dittow Str. 6. Proletarische Diskussionen. — Jugendheim Gemeindefunktion Schillerstr. 54. Diskussionsabend: „Jugend und Gewerkschaft“. — Rosenthal: Jugendheim Gemeindefunktion Wilmersdorfer Str. 1. — Rixdorschenkiebitz: Vortrag: „Was man von der Zukunft wissen muß“. — Tiergarten im Jugendheim Gemeindefunktion Wankenburg Str. 6. Vortrag: „Lernen im Walde“. — Die Entfaltung und die Entwicklung des Lebens. — Gieseler: Jugendheim Berlin Str. 22. Vortrag: „Das Leben im Bergwerk“. — Gieseler: Jugendheim Gemeindefunktion C. M. Str. 18/19, L. E. Vortrag: „Von der Organisationsfähigkeit zur Organisation“. — Weisensee: Jugendheim Schule Wankenburg Str. 6. Vortrag: „Der Urgemut“.

Weiter bis Sonnabend mittag. Ein wenig mürmer, zeitweilig heiter, meist trocken, bei schwachen westlichen Winden.

ISOLA STAHLGLAS
D. R. P.
hält 24 Stunden heiß - 3 Tage kalt

Springt nicht!
Bricht nicht!

Man hat jahrelang Freude daran

ISOLA-GES.-RUDOLSTADT VTB.

Außerdem wie bisher in allen bekannten Gölle
ISOLA-Leichtglasflaschen (Sektions-träger-Kannen etc.)

Deutscher Metallarbeiterverband
Verwaltungsstelle Berlin
Den Kollegen zur Nachricht, daß
unser Kollege, der Elektromonteur

Eugen Ebert
am 24. Juni gestorben ist.
Seine letzten Abschiedsfeier
am 26. Juni, nachmittags 3 Uhr, von
der Leichenhalle des Sophien-Kirchhofes,
Berlin N. Bergstraße, aus statt.
Kege Beilegung erwartet.
Die Ortsverwaltung.

**200 000 Mark für
Erfinder**
aufklar. anreuzend.
Ortsbibliothek
F. Erdmann & Co., Bln., Königgrätzer Str. 71

Urabstimmung

in den Betrieben des Verbandes Berliner Metall-
Industrieller über den Schiedspruch vom 27. Juni 1923
im Reichsarbeitsministerium. Das Abstimmungsergebnis muß
bis spätestens Freitag, den 28. Juni, abends 9 Uhr, im
Bureau des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes abgeleitet
sein. Der Abstimmungsprotokoll muß wie folgt aussehen:

Wer für Annahme des Schiedspruches stimmt,
schreibt „Annahme“
wer für Ablehnung des Schiedspruches ist,
schreibt „Streik“

Die Kollegen der **Maschinen-Gesellschaft m. b. H.**, Komm.-
Ges., Blumen im Babel der Rosmarer, Reymannstr., Ecke Rixdorsch-
str., in Frage kommen bei den Abstimmungen E. H. K. A. und die
Stabsabteilung. Die Abstimmung findet statt von 9-12 Uhr.
Die Kollegen vom **Kabelwerk Oberpreuss** wählen im
Rabimert.

Im Auftrage des Metallkartells
ges. U. r. d.

Drum prüfe, wer
sich ewig bindet!

Als Selbsthersteller liefere ich in
Qualität und Preis einzig dastehend

Trauringe

1 Ring Dukaten gold v. M. 170000 an
1 Ring 585 gestempelt v. M. 120000 an
1 Ring 333 gestempelt v. M. 90000 an
Einfache Ringe 9000 Mk.

Berlin N. Artilleriestr. 13
Berlin W. Passauer Str. 37

Bitte auf Hausnummer achten.

Ausführliche Preisliste nach außerhalb gegen Rückporto.
Anfragen u. Bestellungen ohne Rückporto können nicht erledigt werden.
Garantieschein für gesetzlichen Goldinhalt.

Telegr.-Adr.: Trauringkaone Berlin.

WollenSieeinen
**Anzug oder
Schlüpfer**
kaufen?
so besichtig Sie
vorher und weit.
Kauf meine
Riesensieger
Auf Kredit!
Das Neueste in
Jadett- u. Cutaway

**Anzüge
Ulster
Schlüpfer**
Gummimantel
Damen-Koalitionen
Möbel-
Einrichtungen
in 4 Etagen

A. DAMITT
Kasselerstraße
15-17.

**Springt nicht!
Bricht nicht!**

Man hat jahrelang Freude daran

ISOLA-GES.-RUDOLSTADT VTB.

Außerdem wie bisher in allen bekannten Gölle
ISOLA-Leichtglasflaschen (Sektions-träger-Kannen etc.)

AfA-Haus-Berlin
Eingetragene Genossenschaft zur Verfertigung
von Glaswaren in Rudolstadt
108 197

Bettwäsche! Leibwäsche!

Diese Woche großes

Ultimo-Angebot

zu staunend billigen Preisen. Diese Woche kein Verkauf an unsere
Händlerkundschaft. Nur an unsere Detailkundschaft geben wir ab:

Deckbetten	M. 93 000	Damenhemden	M. 24 500
Kissen	26 800	Beinkleider	24 500
Laken	48 300	Untertailen	9 800
lniatts	120 000	Prinzebrücke	45 500

Bitte überzeugen Sie sich von unserem staunend großen Lager! Hemdentüchen, Züchen, Inletts,
Handtüchern, Kallendecken, Frottiertücher, Badelaken, Bademäntel, Tisch- u. Wischtüchern.

Wesige Auswahl

Mengenabgabe vorbehalten! Zuvorkommende Bedienung!

Central-Bettwäsche-Fabrik
G. m. b. H.
Fabrik und Hauptgeschäft: Berlin C 2
Breite Str. 8-9 (neben Rudolf Herizog)

Filiale:
Charlottenburg
Berliner Str. 99

Filiale:
Friedenau
Rheinstr. 39

Elektromaterial, Leitungsdrahte, Lizen-
Stülampen, Reklaminstrumente, Tele-
phone laufft Rofter, Brüdenstraße 15a.

Garderobe

auf

Teilzahlung

Herrn Damen

Anzüge, Schilp-
Pantons, Cutaway, Boln-
kleider

Mäntel, Kostüme,
Strickjack, Rösche,
Kleider, auch in Teil-
zahl

Regenmäntel
Noch billigere Preise

Gebr. Kapner
Bülowstr. 6, am Nollendorpf.

HOSEN

Unter Engros-Preisen!
bis zum Besten von
30 000 Mark an

Sportbreches
Streifenhosen
Maßersatzhosen
Arbeitshosen

für jeden Geschmack
in Qualität und
Verarbeitung
Sportanzüge - Sommerjoppen
Manchester
Milliarstoff
Englisch-Leder

München-Gladbacher Hosenzentrale
Neukölln, Berliner Str. 18/19, L. E. E. E.
Berlin, Köstritzer Pl. 10, 1. u. 2. E. E. E.

PATENTE
Dr. Bogdan, Gumbel
& Treußel-Verein bes.
bg. 17 61, Ullrich Str. 1.

Theater, Lichtspiele usw.

Opernhaus 7 1/2 Uhr: Tante aus der Provinz (Ballst.) Gianni Schicchi

Schauspielhaus 7 1/2 Uhr: Wilhelm Tell Deutsches Th. 7 1/2 Uhr: Pottsch u. Perlmutter

Berliner Th. 7.30 Uhr: Mädi Residenz-Th. Tägl. 8 Uhr: Die Entlassung

Kleines Th. Ida Wüst in Das verlorene Amulett

Walzer Komödie v. Ruyky Musik von L. & B. Central-Theater Die dumme Liebe

Deut. Künstler-Th. Sommeroperette Allabendlich 7 1/2 Uhr Die Tugendprinzessin

Theater des Ostens (Rose-Theater) 7 1/2 Uhr: Trompeter von Säckingen

Berliner Prater Kastanien-Allee 7-9 Täglich: Die schöne Liselott

Künstlerspiele Sorrent Untergrundbühnen Schlesiensches Tor

Eröffnung m. i. Berlin: berühmtestem Schallplatten-Ballett Lola Bach

LUNAPARK Ab 2 Uhr voller Betrieb Admirals-Variete

8.00 bestes Programm U.T. KURFÜRSTEND. Carmen

U.T. FRIEDRICHST. Erolikon U.T. ALEXANDERPL. Die Sonne von St. Moritz

Groß-Berlin (Fr.) Tägl. 8 Uhr: Gestört, Filterwoch. Veranstaltung

Urania Alt-Berlin Reichshallen-Th. Allabendl. 7 1/2 Uhr: Stiller Sänger

Theater am Kottbus. Tor Tägl. 7 1/2 Uhr: Elite-Sänger

Zielka Friedrichstr. 60 Ecke Leipziger Str. Varieté / Kabarett

Allgemeine Ortskrankenkasse für den Verwaltungsbezirk XI Berlin

Bekanntmachung Der 13. Nachtrag zur Regelung ist genehmigt

Die 13. Nachtrag zur Regelung ist genehmigt. Der 13. Nachtrag zur Regelung ist genehmigt

Die 13. Nachtrag zur Regelung ist genehmigt. Der 13. Nachtrag zur Regelung ist genehmigt

Das Schulprogramm der Sozialdemokratie v. RICH LOMMANN

Marken-Zigaretten Schweizer Stumpen und Zigaretten

Schokolade sehr preisw. Sarotti Stollwerk

Eisen & Diamant Kaisersr. 4 Andreasstr. 18

UFA-PALAST AM ZOO Der berühmte Griffith-Großfilm ZWEI WAISEN IM STURM DER ZEIT

Ausbau der Kinderfürsorge durch die Gemeinde von Dr. Selma Schöler-Auwack

Quittungs-Marken Bettstellen Eisenmöbelfabrik Suht (Thüringen)

Zonndorf-Diele Hervorragender Kaffee nach Karlsruher Art

Großste Spez.-Fabrik Bettwäsche Trotz Marksturz noch günstigste Angebote!

Bekanntmachung Im Anchluss an unsere Bekanntmachung vom 28. Mai d. J. teilen wir hierdurch mit, dass in

Allgemeine Ortskrankenkasse für den Stadtbezirk Köpenick Der 12. Nachtrag zur Auffassung

Verkäufe Rührmaschinen, Gelegenheitskäufe wenig gebrauchter Maschinen

Bekleidung Anzüge, Schläfer, Gummimäntel, fertig und noch hoch

Gärten / Laube / Balkon Treibhause, fertige Räume, wegen geplanter Rückreise

Möbel Metallbetten, Armstühle und Klappstühle billig

Musikinstrumente Flügel, Violen, Horn

Kaufgesuche Rührmaschinen, Gelegenheitskäufe wenig gebrauchter Maschinen

Stellenangebote Vollverpflegungsanstalt in der Nähe von Berlin

Stellenangebote Einiges jüngere Schornsteinmaurer

Vorwärts-Austrägerinnen werden sofort gesucht

Stellenangebote Einiges jüngere Schornsteinmaurer

Wasserpistolen, große, mit Solarbatterien, Jagdmägen

Wasserpistolen, große, mit Solarbatterien, Jagdmägen

Wasserpistolen, große, mit Solarbatterien, Jagdmägen

Wasserpistolen, große, mit Solarbatterien, Jagdmägen

Wasserpistolen, große, mit Solarbatterien, Jagdmägen

Wasserpistolen, große, mit Solarbatterien, Jagdmägen

Wasserpistolen, große, mit Solarbatterien, Jagdmägen

Wasserpistolen, große, mit Solarbatterien, Jagdmägen

Wasserpistolen, große, mit Solarbatterien, Jagdmägen

Wasserpistolen, große, mit Solarbatterien, Jagdmägen

Wasserpistolen, große, mit Solarbatterien, Jagdmägen

Wasserpistolen, große, mit Solarbatterien, Jagdmägen

Wasserpistolen, große, mit Solarbatterien, Jagdmägen

Wasserpistolen, große, mit Solarbatterien, Jagdmägen

Wasserpistolen, große, mit Solarbatterien, Jagdmägen

Wasserpistolen, große, mit Solarbatterien, Jagdmägen